

# Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

Mit den Beilagen »Frauenrecht« und »Arbeitsrecht« • Erscheint jeden Donnerstag • Redaktionsschluß Sonnabend

Monatlich 1.50 M. durch alle Postämter • Insetate: Die 6-gespaltene Nonp.-Zeile bei Arbeitsmarkt, Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf. • Verlag und verantwortlich für die Redaktion: A. Lankes, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Telefon: A2 Flora 4933

Berlin, 17. November 1932 • 45. Jahrg. • Nr. 46

## Nach der Novemberschlacht

Das Volk hat entschieden. Fast 90 Prozent der Wähler wollen vom Kabinett Papen nichts wissen. Der Faschismus erhielt eine furchtbare Niederlage. Ueber 2 Millionen weniger Stimmen entfielen auf die Nazis gegenüber der Juliwahl. Ihre Mandatsziffer ist um 34 zurückgegangen. Ihre Verluste sind weit höher als der Rückgang der Wahlbeteiligung von 84 auf 79,5 Prozent, denn der faschistische Anteil an dem Stimmenverlust beträgt 12 Prozent. An diesen Tatsachen kann der ärgste Demagoge nicht rütteln. Bereits im Juli hat sich die faschistische Sturmflut in einigen Wahlbezirken gebrochen, jetzt flutete sie im ganzen Reiche zurück. In den ländlichen Bezirken viel weiter als in den Großstädten und den Industriezentren mit dem verarmten Mittelstand und den proletarisierten intellektuellen Schichten.

Die Rundfunkrede des Regierungschefs, der von früheren schneidigen Husarenritten nur mehr der weinerliche Ton geblieben ist, ließ die Wählerschaft kalt. Sie hat eindeutig bewiesen, daß sie von seiner Politik nichts wissen will. Wie die Abstimmung im alten Reichstag über das Mißtrauensvotum im September ergab, standen damals hinter Papen nur 55 Abgeordnete, gegen ihn waren 553. Im neuen Reichstag wird der Kanzler bestenfalls 76 Getreue um sich vereinigen können, aber 506 wird er gegen sich haben.

Noch keine Regierung hat eine solche furchtbare Niederlage bei einer Reichstagswahl erlitten wie das Kabinett Papen. Es ist daher undenkbar, daß der Reichspräsident mit seinem engeren Stab Papen trotz dieses Wahlausganges noch länger stützen wird. Nicht nur die proletarischen Schichten kämpfen gegen das System der Barone, auch das Bürgertum hat seine Abneigung recht deutlich bekundet. Sollte das Parlament zur Arbeit kommen, dann muß Papen mit den Seinen die Bahn freimachen und verschwinden.

Für den braunen Trommler wird der Wahlausgang zu einem furchtbaren Erwachen geführt haben. Seine Glanzzeit ist vorüber. Nie wird er 51 Prozent der Wähler um sich scharen können. Zerschunden und zerfetzt kehrte er von seinen Propagandaflügen zurück. Den marxistischen Drachen konnte er nicht bezwingen. Nach den Juliwahlen verfügten die Faschisten allein über mehr Mandate als die marxistischen Parteien. Jetzt sind ihnen die Sozialdemokraten und Kommunisten mit zusammen 221 Mandaten weit überlegen. Gewiß hat auch Papen viel zur Stärkung der Kommunisten beigetragen. Seine Verordnungen zur Steigerung des Elends mußten bestimmt das Abströmen proletarischer Schichten in das radikale Lager bewirken. Die Diktatur der Barone und Faschisten haben die Wähler verworfen. Der Einbruch in das proletarische Lager ist den Faschisten nicht gelungen. Die proletarische Klasse kann nicht von einem Heerhaufen politischer Abenteuerer erobert werden.

Die Sozialdemokratische Partei hat sich auch jetzt und trotz der noch höher gestiegenen Lügenschlammflut prächtig gehalten. Ihre Verluste mit etwa 5 Prozent bei Berücksichtigung der schwächeren Wahlbeteiligung sind weniger auf die Arbeiterschaft zurückzuführen, als auf den Ausbruch jener Schichten der Mitläufer, denen die sozialistische Ueberzeugungstreue noch nicht in Fleisch und Blut übergegangen war. Und wie sehnlich wurde von Papen und Hitler die Vernichtung des Marxismus und Bolschewismus erwartet. Der Kanzler sagte doch in seiner Rundfunkrede, er habe seinerzeit den Kampf mit Hitlers

„Gegen den Marxismus und für die nationale Erneuerung“ begrüßt.

Wenn auch eine schwarz-braune Koalition durch die Novemberwahl zertrümmert wurde und das Liebling des Zentrums mit den Faschisten auch jener Partei einen Stimmen- und Mandatsverlust brachte, so wird sich das Kreuz mit dem Hakenkreuz bald verständigen und auch nicht vor dem Eintritt der Deutschnationalen in die Firma zurückschrecken. Die Konstellation der Parteien im neuen Reichstag läßt alle möglichen Koalitionsabarten zu, nur das eine nicht, daß Papen eine Zweidrittelmehrheit für die Verfassungsänderung, wie sie die Barone wünschen, nie und nimmer bekommen wird.

Nationalsozialisten . . . . .	11 713 785
Sozialdemokraten . . . . .	7 237 894
Kommunisten . . . . .	5 974 209
Zentrum . . . . .	4 228 633
Deutschnationale . . . . .	3 064 977
Bayrische Volkspartei . . . . .	1 081 932
Deutsche Volkspartei . . . . .	660 092
Staatspartei . . . . .	338 064
Christlichsoziale . . . . .	412 685
Hannoveraner . . . . .	63 999
Wirtschaftspartei . . . . .	110 181
Deutsche Bauern-Partei . . . . .	148 990
Landbund . . . . .	60 065
Landvolk . . . . .	46 498
Volksrechtspartei . . . . .	46 096
SAP . . . . .	45 036
Württembergischer Bauernbund . . . . .	105 188
Nationale Minderheiten . . . . .	34 510
Sozialrepublikanische Partei . . . . .	8 498

Für die Arbeiterschaft wird es aber allerhöchste Zeit, daß sie sich wieder auf sich selbst besinnt. Die vielen Millionen Hand- und Kopfarbeiter müssen sich wieder und recht bald auf dem Boden der Einheitsorganisation zusammenfinden. Noch ist es Zeit, noch kann alles gewonnen werden!

Das amtliche Wahlergebnis:

Es wurden 35 402 306 Stimmen abgegeben gegen 37 162 084 am 31. Juli. Die Wahlbeteiligung betrug 79,5 Proz. gegen 84 Proz. am 31. Juli. Der neue Reichstag wird 583 Abgeordnete haben gegen 608 im alten Reichstag. Stimmen und Mandate verteilen sich wie folgt:

	Juli 1932	Mandate	Juli 1932	Prozent	Juli 1932
Nationalsozialisten	(13 745 781)	196	(230)	33,2	(37,3)
Sozialdemokraten	(7 959 712)	121	(133)	20,4	(21,6)
Kommunisten	(5 282 626)	100	(89)	16,8	(14,3)
Zentrum	(4 589 335)	69	(75)	11,9	(12,1)
Deutschnationale	(2 177 414)	51	(37)	8,6	(5,9)
Bayrische Volkspartei	(1 192 684)	19	(22)	3,1	(3,2)
Deutsche Volkspartei	(436 012)	11	(7)	1,8	(1,2)
Staatspartei	(371 792)	2	(4)	0,9	(1,0)
Christlichsoziale	(364 542)	5	(3)	1,1	(1,0)
Hannoveraner	(46 929)	1			
Wirtschaftspartei	(146 876)	2	(2)	0,3	(0,4)
Deutsche Bauern-Partei	(137 133)	3	(4)		
Landbund		1			
Landvolk	(90 554)			0,1	(0,2)
Volksrechtspartei	(40 825)	—	(1)		
SAP					
Württembergischer Bauernbund	(96 851)	2	—	0,3	(0,1)
Nationale Minderheiten					
Sozialrepublikanische Partei					

## Die Freigabe der Nachtarbeit

fordert die Mannheimer Produktenbörse in folgender Eingabe an die Reichsregierung:

„Trotz der verschiedenen amtlichen Stützungsmaßnahmen und Kopplungsaktionen ist es nicht gelungen, das Preisniveau zu halten, sondern es ist im Gegenteil festzustellen, daß die Preise für inländisches Brotgetreide und Mehl der neuen Ernte seit 15. August bis zu 15 Prozent zurückgegangen ist.

Neben den Landwirten, die von den gesetzlichen Lombardierungsmöglichkeiten Gebrauch gemacht haben, sind es Handel, Mühlen und Genossenschaften, die ebenfalls eingelagert oder doch auf längere Sichten eingekauft haben, die nun durch diese außerordentlichen Preisrückgänge erneut empfindliche Verluste erleiden. Was sich hier vollzieht, ist eine neue Kapitalvernichtung und Vermögensentwertung, die die gesamte Getreidewirtschaft aufs schwerste trifft.

Der Mißerfolg all dieser gesetzlichen Aktionen und Staatseingriffe muß die Erkenntnis verstärken, daß die Krise der Getreidewirtschaft nur überwunden werden kann, wenn es gelingt, den regulären Brotverbrauch zu heben und so die verbilligte Preisbasis für Weizen und Roggen volkswirtschaftlich richtig auszuwerten. Absatznot der Landwirtschaft und Konsumrückgang gehen miteinander Hand in Hand. Es ist daher an der Zeit, von obenher etwas zu tun, was geeignet ist, den Konsum anzuregen und gleichzeitig auch wieder zu einer Belebung der produktiven Kräfte unserer Getreidewirtschaft zu führen.

Eine solche Aktion wäre u. E. zunächst einmal damit erfolgreich eingeleitet, wenn es den Bäckereien und den brotherstellenden Betrieben ermöglicht würde, den Arbeitsbeginn durchweg nach eigenem Gutdünken festzusetzen, so daß die Bäcker wieder imstande wären, um 6 Uhr morgens die Bevölkerung mit frischem Weizenbäck zu beliefern. Hierfür wären von der Reichsregierung die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen. Alle Möglichkeiten zur Hebung des besonders brachliegenden Weißbrotkonsums durch Verbilligung des Verkaufs in Gasthäusern, Wirtschaften und Hotels sollten ausgenutzt werden. Eine solche gesetzliche Neuordnung in diesem Sinne würde zweifellos sofort eine wesentliche Steigerung des Weizenbäckverbrauchs herbeiführen.“

Den Getreidehändlern scheint die Hoffnung aufgestiegen zu sein, daß sie eine Belebung des Weizenmarktes dadurch erreichen können, wenn die Nachtarbeit in den Bäckereibetrieben wieder freigegeben ist. Wir bewundern diese naive Einstellung. Jene Kreise müßten doch in erster Linie wissen, daß eine Belebung der Nachfrage nach Brotgetreide nur dann eintreten kann, wenn die Kaufkraft vorhanden ist. Solange aber von Regierungsseite genau das Gegenteil getan wird, nämlich die Kaufkraft weiter gedrosselt wird, kann unmöglich eine Belebung der Wirtschaft Platz greifen. Es ist aber nun einmal so, daß alle reaktionären Kreise, und dazu zählen auch die Leute in der Mannheimer Produktenbörse, eine Belebung der Wirtschaft erhoffen, wenn der breiten Volksmasse noch viel mehr genommen wird. Gewiß

haben die Bäckereien großes Interesse an der Steigerung des Warenabsatzes. Wer aber glaubt, daß dann mehr Waren produziert und gekauft werden können, wenn bei Nacht gearbeitet wird, der versteht wirklich von den Dingen nichts. Oft genug wurde von uns die Möglichkeit einer Verbrauchssteigerung aufgezeigt, oft genug haben wir Nachweise erbringen können, daß eine Zunahme des Warenabsatzes nur eintreten kann, wenn der Druck, unter dem die Wirtschaft und die Arbeiterschaft heute leidet, in Wegfall kommen wird.

Würden die Leute um die Produktenbörse die Vorgänge so erfassen wie sie liegen, dann kämen auch sie zu der Ueberzeugung, daß der überspannte Schutz der Landwirtschaft schuld an dem schlechten Getreideumsatz ist. Es wäre Aufgabe dieser Produktenbörse, hier in erster Linie einzusetzen und soviel Mut aufzubringen, gegen die Bestrebungen der Regierung schärfsten Protest zu erheben. Dazu fehlt anscheinend diesen Leuten der Mut, und nun glauben sie auf bequemere Art, indem die Bäckergehilfen und Lehrlinge wieder in die Kulturschande der Nacharbeit zurückgetrieben werden, auf ihre Rechnung kommen zu können.

## Wochenschau

**Neuer Präsident in USA.** Bei den amerikanischen Präsidentenwahlen siegte der Demokrat Roosevelt gegen den Republikaner Hoover mit 472:59 Stimmen. Recht beachtlich waren die abgegebenen Stimmen für den sozialistischen Kandidaten Thomas, die um das Sechsfache gesteigert wurden.

**Massaker in Genf.** In Genf kam es am 10. November anlässlich einer Demonstration gegen den Krieg zu schwerem Blutvergießen. Die Regierung ließ mit Maschinengewehren gegen die Menge schießen, wobei 12 Tote und 65 Verwundete auf dem Platz blieben. Der sozialistische Nationalrat Nicolé wurde verhaftet.

**Papen will bleiben.** Nach der Absicht der Reichsregierung soll der Reichstag erst zum 6. Dezember einberufen werden. Der Reichspräsident hat den Reichskanzler beauftragt, Verhandlungen mit den Nazis, Deutschnationalen und dem Zentrum zu führen. Hindenburg wünscht die „nationale Konzentration“ und bedeutet der Auftrag an Papen dessen beabsichtigtes Verbleiben in der Regierung.

**Tagung des Parteiausschusses der SPD.** Der Parteiausschuß der SPD tagte am 10. November und nahm zur politischen Lage Stellung. Es wurde der Regierung Papen schärfster Kampf angesagt. Die Reichstagsfraktion der SPD tritt am 17. November zusammen.

**Krach in Braunschweig.** Nazis und Deutschnationale befahlen sich in Braunschweig kräftig. Der deutschnationale Landesvorsitzende erklärte, seinerzeit, als Hitler Deutscher werden wollte, sollte er eine Professur für Politik an der Technischen Hochschule in Braunschweig erhalten. Der Blamage wegen stimmten die Deutschnationalen lieber seiner Ernennung als Regierungsrat zu, wofür er jährlich 6000 Mark erhält ohne einen Finger krüm zu machen.

**Oesterreich ist nicht Deutschland.** Die Wiener Regierung wollte ebenfalls wie die deutsche Regierung Aufmärsche zum Revolutionstag verbieten. Die österreichische Sozialdemokratie erklärte, unter allen Umständen Aufmärsche zu erzwingen. Daraufhin hat die Regierung Dollfuß das Aufmarschverbot zum 12. November aufgehoben.

**Londoner Wirtschaftskonferenz vertagt.** Von der Lausanner Konferenz wurde eine Kommission eingesetzt, deren Aufgabe es ist, die Londoner Wirtschaftskonferenz vorzubereiten. Diese Konferenz ist jetzt vertagt worden.

**Feldgottesdienste bei der SA.** Der Bolivianer Röhm, bekannt geworden durch seine homosexuellen Liebesbriefe, hat den Fleischbeschauer des Dritten Reiches, Pastor Münchmeyer, in die „oberste SA-Leitung“ berufen. Bei den nationalsozialistischen Gruppenleitungen soll nunmehr ein Feldgeistlicher amtieren.

**Nobelpreis nach England.** Anlässlich des diesjährigen Nobelpreises hat die schwedische Akademie beschlossen, den Nobelpreis für Literatur dem Engländer Galsworthy zu verleihen.

**„Völkischer Beobachter“ verboten.** Durch Beschluß der Münchener Polizeidirektion ist der „Völkische Beobachter“ vom 8. bis einschließlich 14. November verboten worden.

**Jungstahlhelmer streiken.** Im Arbeitsdienstlager an der oberen Löchnitz streikten Jungstahlhelmer, weil das Taschengeld von 50 Pf. pro Tag auf 30 Pf. herabgesetzt wurde.

**SA im Saargebiet verboten.** Der Regierungskommissar des Saargebiets hat alle militärähnlichen Organisationen der NSDAP verboten. Insbesondere die Sturmabteilungen, Schutzstaffeln einschl. der SA-Beobachter, SA-Reserven, Motorstürme des Kraftfahrkorps und allen sonstigen Klimbin.

## Der erste Brauertarif

Nach dem Streik der Berliner Brauerei- und Mälzereiarbeiter im Jahre 1890 ist es erstmalig zum Abschluß einer tarifähnlichen Vereinbarung gekommen, die jedoch nur von einem Teil der Berliner Brauereien unterschrieben anerkannt wurde. Nachstehend geben wir einige der charakteristischsten Bestimmungen dieser Vereinbarung wieder. Wer guten Willens ist kann aus einem Vergleich zwischen den heutigen und den damaligen Verhältnissen feststellen, wie groß die Leistungen sind, die die Gewerkschaften in drei Jahrzehnten erzielen konnten.

Unter Punkt 2 wurde vereinbart, daß an Stelle des Zusprechens der Brauergesellen ein Zentralarbeitsnachweis eingeführt wird.

Punkt 5. Die im Vorjahr genehmigten und von den Berliner Brauereien unterschriebenen Bedingungen sind insoweit abzuändern, daß die Arbeitszeit sämtlicher Berliner Brauereien in Tag- und Nachtschicht umzuwandeln ist (eventuell ist die zehnstündige Arbeitszeit nicht über 14 Stunden auszuweiden) und die Essenspausen folgendermaßen festgesetzt werden: Anfang 6 Uhr. Frühstückspause von 8 bis 9 Uhr. Mittag von 12 bis 1 1/4 Uhr. Vesper von 4 bis 4 1/4 Uhr. Punkt 6. Die Entlassung der Brauergesellen in den verschiedenen Brauereien hat nur von dem Braumeister derselben Brauerei zu erfolgen, und haben die Vorderburschen kein Recht hierzu. Bei

## Schütze deine Gewerkschaft!

**Am 19. November  
ist der 48. Wochenbeitrag fällig**

Absenheit des Braumeisters ist dessen Stellvertreter hierzu berechtigt und dafür verantwortlich.

Punkt 7. Der jetzt bestehende Monatslohn ist auf 120 Mk. festgesetzt, jedoch haben die Brauergesellen jeder Brauerei das Recht, wöchentlich ihren Lohn zu erheben.

Punkt 8. Ein jeder Brauergeselle hat das Recht, außerhalb der Brauerei seine Schlafstätte zu nehmen.

Punkt 10. Die Gesamtwochenarbeit eines jeden Brauergesellen darf sich nur auf 62 Stunden, und zwar nur für die Kellerkolonnen, für alle anderen auf 60 Stunden belaufen und sind die ganz nötigen Ueberstunden mit 50 Pf. an Wochentagen und 60 Pf. an Sonntagen pro Stunde zu bezahlen.

Urlaub ist in dieser Vereinbarung noch nicht vorgesehen gewesen. Dieser fand erst viele Jahre später Eingang in die vertraglich festgelegten Arbeitsbedingungen.

Bemerkenswert an diesem ersten Tarifvertrag ist der Punkt 6. Die alten Kollegen werden sich noch erinnern können, wie willkürlich Entlassungen vorgenommen wurden. Der Arbeiter war damals ein Mensch zweiter Klasse, der als solcher behandelt wurde. Dies kommt treffend auch in Punkt 8 zum Ausdruck. Der Zwang, daß jeder Brauer im Betrieb zu wohnen und zu essen hatte, wurde mit dieser Bestimmung gebrochen.

In den Jahren nach dem Abschluß dieses ersten Vertrages hat es heisse Kämpfe gekostet, um die Lebenshaltung der Arbeiter weiter zu bessern. Vielfach geschah dies gegen den Willen der zahlreichen Duckmäuser, die es ablehnten, der Organisation beizutreten. Doch Kraft und Entschlossenheit der organisierten Brauereiarbeiter konnte gutmachen, was die Unorganisierten mit oder ohne Absicht hinderten. Auch heute gibt es in den Brauereien eine ganze Reihe Leute, die dem Verband nicht angehören. Es kann ihnen nicht laut genug in die Ohren geschrien werden, daß jeder Unorganisierte ein Aktivposten für die Unternehmer ist. Würde es eine Organisation nicht gegeben haben, die Arbeitsverhältnisse heute würden sich nicht viel unterscheiden von denen vor 30 und 40 Jahren.

## Arbeitslosigkeit im Fleischergewerbe

Lohnabbau und Unterstützungskürzungen müssen die Konsumgewerbe schädigen. Wie könnte es auch anders sein, wenn in brutaler Weise der Lebensstandard der Massen soweit gedrückt wird, daß die vorhandenen Mittel nicht mehr zum Einkauf der wichtigsten Lebensmittel ausreichen. Auch Fleisch und Wurst sind wichtige Bestandteile der menschlichen Nahrung. Aber gerade auf diese Lebensmittel muß der Konsument bei chronischer Kassenebbe zuerst verzichten. Die Erhebungen des Statistischen Reichsamtes in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1932 bestätigen das. So wurden allein in Preußen während dieser Zeit 500 000 Schweine (17,5 Prozent!) weniger geschlachtet. Der Ausfall ist so groß, daß er nicht durch Zunahme von Schlachtungen anderer Tiergattungen ausgeglichen werden kann.

Die Bürokratie und die amtlich an der „Belegung der Wirtschaft“ interessierten Kräfte aber stellen

nicht nur eine Ankurbelung der deutschen Gesamtwirtschaft fest, sondern auch eine solche im Fleischergewerbe. Weil im Monat August „nur“ 26 697 arbeitslose Fleischergesellen vorhanden waren und die Zahl im September auf 25 811 zurückging, wird „eine leichte Belegung der Arbeitslosigkeit im Fleischergewerbe“ festgestellt. Mit diesen Zahlen kann nichts bewiesen werden. Den arbeitslosen Fleischer traf das gleiche Schicksal wie jeden anderen Arbeitslosen. Er wurde ausgesteuert, erhielt keine Unterstützung mehr und fand an der „Registrierung“, die beim Arbeitsamt rein schematisch ohne Unterstützungsanspruch erfolgt, keinen Geschmack mehr. Für ihn hat das Stempeln keinen Sinn, denn Arbeit erhält er ja doch nicht, läßt sich vielmehr als Arbeitsloser löschen. So entsteht die „Abnahme“ der Arbeitslosigkeit auch im Fleischergewerbe. In Wirklichkeit sind 886 Arbeitslose, die aus der amtlichen Statistik ausgeschieden sind, tiefer als vorher ins Elend gestoßen worden! Ohne Unterstützung, vielleicht ohne Obdach und mit einem großen Loch im Magen vegetieren sie irgendwo. Aber so ein Arbeitsloser steht nicht verlassen in der weiten Welt. Seine Arbeitskollegen, Schicksalsgenossen, die jeden Tag das gleiche Los treffen kann, kämpfen in den Reihen unseres Verbandes auch für sein Dasein. Sie verstehen das sittliche Gebot der Stunde, durch den Ausdruck der Solidarität auch für ihn zu kämpfen. Wären die Gewerkschaften am Ende ihrer Kraft, um wieviel schlechter würde es den Arbeitslosen gehen. War es den Gewerkschaften vorbehalten, neben der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einen gigantischen Kampf zu führen, so waren sie es, die erst eine moderne Sozialgesetzgebung erkämpften. Beides liegt auf einer Linie! Darum gebt eurer sozialen und solidarischen Verbundenheit sichtbaren Ausdruck, indem ihr euch in der Schicksalsgemeinschaft, dem Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter zusammenschließt. Vereinte Kraft gar Großes schafft!

## Tariferneuerung in den Bäckereien Sachsens und Thüringens

Die Bäckerinnungsverbände „Saxonia“ und „Germania“ in Thüringen kündigten den Manteltarif. Beide wollten bedeutende Verschlechterungen des Tarifs. Nach mehrmaligen Verhandlungen ist es gelungen, die meisten Verschlechterungen abzuwehren. Bei dem Urlaub mußten wir Konzessionen machen von zwei Tagen, was aber in Thüringen dadurch ausgeglichen wird, daß jetzt Arbeitstage als Ferientage maßgebend sind.

§ 616 BGB. konnte in seiner alten Fassung erhalten bleiben. In Thüringen sollte auch beim Urlaub die Verfallsklausel aufgenommen werden, was abgelehnt wurde. Wäre eine solche Bestimmung im Tarifvertrag aufgenommen worden, würden die meisten Gehilfen überhaupt keinen Urlaub erhalten. Die Verfallsklausel bei Lohn und Ueberstunden wurde in Sachsen auf vier Wochen gegenüber der Forderung auf 14 Tage aufgenommen. Es liegt nun an unseren Kollegen selbst, daß sie jederzeit den richtigen Lohn beanspruchen, nicht erst, wenn sie aus dem Arbeitsverhältnis ausscheiden. In Sachsen war der größte Verfechter der Verschlechterungsanträge die Leipziger Innung.

Gleichzeitig wurden auch neue Lohnvereinbarungen, für Thüringen zentral, für Sachsen innungsbezirksweise, abgeschlossen. Leider mußten auch hier mit Hilfe der Schlichtungsinstanzen Lohnsenkungen entgegengenommen werden.

Die Stellungnahme des gelben Bäckerbundes bei diesen Verhandlungen ist sehr interessant. Trotzdem er in Sachsen in den einzelnen Innungsbezirken das Lohnabkommen gekündigt hat und Forderungen stellte, ist es ihm nicht gelungen, Abschlüsse zu tätigen. Nach Abschluß des Manteltarifvertrags sowie der Lohnabkommen mußte er die von uns getätigten Vereinbarungen mit meistertreuer Miene schlucken. Er war hochofret, daß ihm die Bäckermeister wieder die Hintertüre zum Tarif offenhielten. In einer Bäckerversammlung in Leipzig erklärte einer der gelben Führer, daß sie vor längerer Zeit das Lohnabkommen gekündigt und Herabsetzung der Kost- und Logisätze verlangt hätten. Er wunderte sich, daß sie von den Verhandlungen, die wir längere Zeit führten, beim Schlichtungsausschuß und letzten Endes beim Schlichter endeten, nichts erfahren haben. Bei dieser Versammlung erklärte er auch, daß 95 Proz. der Bundesmitglieder in der NSDAP sind. Diese Feststellung ist sehr interessant, da einer der Innungsvorstandsmitglieder, Mäder, früher gelber Führer und jetzt eifriger Nazianhänger, auch in die Gewerkekammer gewählt war und der schärfste Befürworter der Verschlechterung des Tarifes und Lohnes ist. Die Bundesmitglieder müssen sich bei ihren Nazigenossen bedanken für die Abbaumaßnahmen. Unserer Organisation haben sie es zu verdanken, daß nicht alle Forderungen ihrer Parteigenossen durchgekommen sind. Wären alle Bäckergehilfen in ihrer Berufsorganisation, dann würden alle Abbauforderungen der Unternehmer vereitelt worden sein. Diese Bewegung hat wieder gezeigt, wie notwendig es ist, daß alle Kollegen einheitlich in unserer Organisation sich zusammenschließen.

## Nazimethoden bei David Schröder, Halle a. d. Saale

Zermürbt durch jahrelange Kurzarbeit und oftmalige vollständige Arbeitslosigkeit ist die Belegschaft in dieser Schokoladenfabrik in eine sträfliche Gleichgültigkeit verfallen. Die Betriebsleitung kann den Kollegen und Kolleginnen alles zumuten, sie findet nirgends Widerstand. Weder der Tarifvertrag noch die Rechte, die den Arbeitnehmern auf Grund des Betriebsrätegesetzes zustehen, werden beachtet und eingehalten. Dazu kommt die recht eigenartige Behandlung seitens des Direktors Schröder und der sonstigen mit der Betriebsleitung beauftragten Personen. Wenn dieser Direktor mit den Drohungen: „Wenn Hitler drankommt, wollen wir schon mit dem organisierten Gelumpfe aufräumen“ oder eine Directrice Janson kreischend: „Wem es nicht paßt, der kann gehen“ Eindruck bei den Beschäftigten schinden wollen, so sind sie auf dem Holzwege. Letzten Endes soll auch dieser Herr bedenken, daß die Produkte dieser Firma auch in weiten Kreisen der Arbeiterschaft umgesetzt werden. Wie klein würde die Firma sein, wenn sie nur auf den Warenabsatz bei den Faschisten angewiesen wäre.

Es sei auch Herrn Schröder gesagt, daß der Tarifvertrag ebenfalls für ihn Gültigkeit hat und seine Auslegungen über einzelne Vertragsbestimmungen nirgends Anklang finden können. Wenn ein Tarifvertrag besteht, so müssen auch wir von den Unternehmern die Beachtung der Vertragsbestimmungen fordern, wie das mit dem gleichen Recht von der Arbeiterschaft verlangt wird. Die Firma hat daher kein Recht, entgegen den Vertragsbestimmungen eine längere Arbeitszeit anzuordnen oder sonstige Durchbrechungen der Vertragsbestimmungen vorzunehmen. Was soll mit den fortwährenden Drohungen bei den älteren Arbeiterinnen erreicht werden, daß sie zu Weihnachten entlassen werden sollen? Bestimmt wird dadurch keine große Arbeitsfreudigkeit eintreten, aber sicher eine große Verbitterung bei allen, die ihre Pflicht gegenüber der Firma erfüllen. Unter solchen Umständen würde es zu verwundern sein, wenn der Betriebsrat zur Beachtung kommen könnte.

Es wird höchste Zeit, daß sich die Kollegen und Kolleginnen wieder auf sich selbst besinnen und den Weg in ihre gewerkschaftliche Organisation finden. Es war doch damals, als sie geschlossen der Organisation angehörten, um vieles besser als heute, wo viele von ihrer wirtschaftlichen Interessenvertretung nichts mehr wissen wollen. Durch diese sträfliche Gleichgültigkeit kann sich eben Direktor Schröder manches erlauben, was gegen die tariflichen Grundsätze verstößt. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, um recht bald eine korrekte Einhaltung des Tarifvertrages auch in diesem Betriebe zu erreichen.

## Arbeitsmarkt während der Krise

### Die sichtbare und unsichtbare Arbeitslosigkeit.

Die Arbeitsämter berichten monatlich über die Zahl der verfügbaren Arbeitslosen im Reiche. Nach ihren Berichten soll die Arbeitslosigkeit seit Ende Februar etwa um 1 Million zurückgegangen sein. Die Arbeitsämter zählten nämlich am Monatsende:

Februar . . . . .	6,1 Millionen Arbeitslose
März . . . . .	6,0 „ „
April . . . . .	5,7 „ „
Mai . . . . .	5,6 „ „
Juni . . . . .	5,5 „ „
Juli . . . . .	5,4 „ „
August . . . . .	5,2 „ „
September . . . . .	5,1 „ „

Etwa bis Ende Mai konnte es sich hier um eine saisonmäßige Erholung der Wirtschaft handeln. Seit Juni soll der konjunkturelle Umschwung eingetreten sein, und die Regierungspresse bemüht sich zu beweisen, daß dieser Umschwung auf den neuen politischen Kurs zurückzuführen ist, der durch die Wiederkehr des Vertrauens die Wirtschaftsbelebung erzielt hat.

Die amtlichen Meldungen über den ununterbrochenen Rückgang der Arbeitslosigkeit müssen aber das stärkste Mißtrauen erwecken: wären diese Behauptungen richtig, wäre wirklich die Arbeitslosenzahl in sieben Monaten um 1 Million zurückgegangen, dann hätten auch die Arbeiter etwas von diesem Aufschwung der Beschäftigung gespürt! Dies ist aber nicht der Fall.

Die gewerkschaftliche Arbeitsmarktstatistik läßt keinen nennenswerten Rückgang der Arbeitslosigkeit erkennen. Unter den Gewerkschaftsmitgliedern waren arbeitslos:

	In sämtl. Berufen v.H.	In der Konjunkturgruppe v.H.
Februar . . . . .	44,9	35,7
März . . . . .	45,2	36,4
April . . . . .	44,5	36,7
Mai . . . . .	43,9	36,8
Juni . . . . .	43,6	37,0
Juli . . . . .	44,4	38,0
August . . . . .	44,5	38,1
September . . . . .	44,1	37,6

Die Monatsausweise der Arbeitsämter geben ein verschönertes Bild der Lage des Arbeitsmarktes, weil sie nicht sämtliche Arbeitslose erfassen. Neben der offiziell anerkannten Arbeitslosigkeit hat sich in den letzten Jahren eine unsichtbare Arbeitslosigkeit gebildet, um die sich die amtliche Statistik ebenso wenig kümmert wie die Arbeits- und Wohlfahrtsämter. Den allmählichen Aufstieg und die gegenwärtige Stärke dieses irregulären Arbeitslosenheeres kann man mit ausreichender Genauigkeit ermitteln, wenn man nicht von den Listen der Arbeitsämter, sondern von der tatsächlichen Zahl der Arbeitnehmer im Deutschen Reiche ausgeht.

Im Juni 1925 fand in Deutschland eine allgemeine Berufszählung statt. Sie hat nachgewiesen, daß es im Reiche rund 19,6 Millionen (beschäftigte und arbeitslose) Arbeitnehmer gab, und zwar:

- 14,4 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen,
- 3,6 Millionen Angestellte
- 1,6 Millionen Hausangestellte.

Auf Grund der Angaben über die Bevölkerungsbewegung kann die Zahl der Arbeitnehmer für die nachfolgenden Jahre fortgeschrieben werden. Das Statistische Reichsamt hat die notwendigen Berechnungen durchgeführt und ist zum Ergebnis ge-

## Dank den Jubilaren

Getreue Kämpfer seid ihr, sturmerprobt,  
Der Knechtschaft seid ihr, der Bedrückung Feind.  
Hat auch der schwerste Kampf um euch getobt,  
Ihr hieltet durch in Treue stets vereint!

Um Recht und Freiheit habt ihr gestritten  
Und von hartem Siegeswillen beseelt.  
Trotz Fehde und Schmach, die ihr erlitten,  
Hat hoch das Banner der Freiheit gewelt!

Was ihr erkämpft, was ihr erduldet habt,  
Was ihr erstrebt habt mit Kühnheit und Mut,  
Was ihr errungen habt mit schwerer Tat,  
War um der Menschheit allerhöchstes Gut!

Ihr Kämpfer in Ehren, ihr Getreuen,  
In Liebe schauen wir zu euch empor.  
Wir wollen den heiligen Schwur erneuern:  
Treu, mutig zu kämpfen wie ihr zuvor!

Drum nehmt unsern besten Dank entgegen,  
Und heilig sei uns euer Ehrentag.  
Wir wollen dasselbe wir ihr erstreben,  
Es mag da kommen, was nur kommen mag!

Jakob Klauer, Köln.

kommen, daß die Zahl der Arbeitnehmer Anfang 1928 20,7 Millionen, Anfang 1929 21,0 Millionen, Anfang 1930 21,1 Millionen, Anfang 1931 ebenfalls 21,1 Millionen, Anfang 1932 21,0 Millionen und Anfang 1933 20,8 Millionen betragen soll.

Nach dieser Schätzung waren im August dieses Jahres rund 20,9 Millionen Arbeitskräfte vorhanden. Tatsächlich war aber die Zahl der Arbeitnehmer im Lande höher, weil die Krise Hunderttausende von früheren Selbständigen proletariert und in Arbeitnehmer — sei es arbeitslose — verwandelt hat.

Von der Zahl der Arbeitnehmer sind allerdings die arbeitsunfähigen Kranken und Wöchnerinnen abzuziehen. Nach der Statistik der Krankenkassen waren im August d. J. 2,6 v. H. aller Versicherten wegen Erkrankung arbeitsunfähig. Der Wirtschaft standen also etwa 20 345 000 Arbeitskräfte (ohne den Zustrom der neuen Arbeitskräfte der proletarierten Schichten zu berücksichtigen) zur Verfügung.

Wie viele von ihnen waren regelrecht beschäftigt?

Die amtliche Statistik nennt die Zahl: 12 755 000. Diese Zahl ist auf Grund einer ziemlich komplizierten Methode gewonnen. Die Zahl der gegen Krankheit pflichtversicherten Mitglieder der Krankenkassen wird mit der Zahl nichtkrankenversicherungspflichtiger Angestellten in der Arbeitslosenversicherung zusammengezogen. Von der Summe werden die arbeitsunfähigen Kranken und Wöchnerinnen und die von den Arbeitsämtern gegen Krankheit versicherten Hauptunterstützungsempfänger abgezogen. Auf diese Methode kann man sich verlassen.

Jetzt können wir den wirklichen Umfang der Arbeitslosigkeit ermessen:

Verfügbare Arbeitskräfte . . . . .	20 345 000
Beschäftigte Arbeitskräfte . . . . .	12 755 000
Arbeitslose: . . . . .	7 590 000

oder rund 7,6 Millionen. Wir hatten also im August nicht 5,2 Millionen, sondern etwa 7,6 Millionen Arbeitslose. Neben der offiziellen Arbeitslosigkeit bei den Arbeitsämtern besteht noch eine inoffizielle, unsichtbare, verborgene Arbeitslosigkeit, die etwa 2,4 Millionen Menschen umfaßt. Dieses zweite Arbeitslosenheer setzt sich aus Arbeitnehmern zusammen, die aus den Listen der Unterstützungsempfänger ausgesteuert sind und jede Hoffnung verloren haben, durch die Vermittlung des Arbeitsamtes zu Arbeit zu kommen.

Es gibt aber noch eine andere unsichtbare Arbeitslosigkeit — sie verbirgt sich hinter den Zahlen der

Beschäftigten. Nach den Berichten der Gewerkschaften standen im August 1932 39,4 Proz. ihrer beschäftigten Mitglieder in Kurzarbeit. Auf die Gesamtzahl der Beschäftigten bezogen bedeutet dieser Prozentsatz, daß es im Lande etwa 5,2 Millionen Kurzarbeiter gab.

Die Gesamtzahl der verfügbaren Arbeitskräfte gliederte sich also im Stichmonat wie folgt:

	In Millionen	In v.H.
Vollbeschäftigte . . . . .	7,6	37,2
Kurzarbeiter . . . . .	5,2	25,6
Arbeitslose bei den Arbeitsämtern . . . . .	5,2	25,6
Verborgene Arbeitslosigkeit . . . . .	2,4	11,6
Arbeitnehmer insgesamt: . . . . .	20,4	100,0

Es gibt im Lande etwa soviel Arbeitslose wie Vollbeschäftigte; die verfügbare Arbeitskraft, die einzige Quelle des Volksreichtums und -wohlstandes, wird etwa um 55 v. H. ausgenutzt.

Diese katastrophale Lage hat sich allmählich entwickelt: seit Sommer 1929 sinkt ununterbrochen die Zahl der Vollbeschäftigten, während die Zahlen der Kurzarbeiter und Arbeitslosen emporeilen. Hand in Hand mit der Verschlechterung des Unterstützungsrechtes der Arbeitslosen steigt die verborgene Arbeitslosigkeit.

## Herunter mit dem Brotpreis!

Wir konnten bereits in der vorigen Nummer der „Einigkeit“ auf den neuesten Plan der Regierung zur Getreidestützung hinweisen. Eine Notwendigkeit dazu besteht bestimmt nicht. Die gesamte deutsche Getreideernte wird für das laufende Jahr auf 23,4 Millionen Tonnen geschätzt. Einschließlich der Vorräte aus der vorjährigen Ernte ergibt sich eine solche Riesenmenge von Getreide, die überhaupt nicht im Inlande verbraucht werden kann. Dennoch plant die Regierung einen weiteren Stützungskredit von 100 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, obwohl sie überzeugt ist, daß davon 25 Millionen Mark von vornherein verloren sein werden. Zugunsten der Großagrarien und zum Schaden der Verbraucher und der Geschäftswelt sollen dadurch die Getreidepreise in die Höhe getrieben werden.

Die Ergebnisse dieser sonderbaren Regierungsmaßnahmen sind bereits zu ersehen. Durch die in letzter Zeit hervorgerufene künstliche Preistreibung kam der Absatz ins Stocken und bereits hören wir Hilferufe von den Produktenbörsen, weil hier kein Absatz zu verzeichnen ist. Von einer Planwirtschaft kann absolut keine Rede sein. Die seit Jahr und Tag hier geübte Subventionspolitik, um einer bestimmten Schicht, in diesem Falle den Großagrariern, die Möglichkeit zur Preisanspannung zu geben, muß ganz besonders in der gegenwärtigen Zeit der allgemeinen Notlage verurteilt werden. Sie rechtfertigt sich überhaupt nicht, denn andere große Teile der Gesamtwirtschaft werden dadurch überaus geschädigt. Zu guter Letzt ist auch die Preistreiberei der Regierung eine große Gefahr für die Getreidebewirtschaftung selbst. In diesem Zusammenhang steht doch auch der Futtermittelpreis, der durch eine künstliche Erhöhung die Viehhaltung zurückdrängen muß.

Die Pläne der Reichsregierung zeigen, welch unheilvolle Konfusion in diesen Kreisen besteht. Es ist zu erwarten, daß der neue Reichstag gründlich mit dieser Subventionspolitik an die Großagrarien aufzuräumen wird. Der ungeheuerliche Zustand, daß weite Volkskreise bei vollgefüllten Scheuern hungern müssen, muß baldigst beseitigt werden.

## Zusammenarbeit von jung und alt?

In der Jugendabteilung war Sturm. Karl hatte von seinem Meister eine abbekommen. Jetzt sollte der Jugendleiter sagen, ob der Meister Karl hauen durfte. Er hatte doch nur vergessen, eine Bestellung auszurichten. Inzwischen meldete sich Fritz, und der berichtete noch Ungeheuerlicheres. Er hatte — schon vor einigen Tagen allerdings — von einem Gesellen einen Katzenkopf gekriegt. Donnerwetter, das war ja drollig. Jetzt nahmen sich nicht nur die Meister das Recht heraus, den Lehrling zu schlagen, schließlich wurde es auch bei den Gesellen üblich. Die Entrüstung stieg zur Siedehitze, als Fritz berichtete, der Geselle sei sogar organisiert gewesen. Alle redeten durcheinander. Der Jugendleiter hatte Mühe, sich verständlich zu machen. „Hat der Meister das Recht, mich zu schlagen?“, wollte Karl wissen. Der Jugendleiter bestätigte es. „Er darf dich schlagen“, sagte er, „allerdings nicht aus Freude am Schlagen, sondern wenn du pflichtvergessen warst oder wenn du faul bist. Im Gesetz meint man, dieses Prügelrecht sei eine Erziehungsmaßnahme.“ „Darf mich ein Geselle schlagen?“ begehrte Fritz inzwischen wieder auf. Er und ein halbes Dutzend andere hatten sich immer noch nicht beruhigt. Der Jugendleiter verneinte: „Kein Geselle darf schlagen. Nirgends ist dies Recht jemanden verbrieft, aber“ — und hier sah er recht bedenklich drein — „nirgends findet ihr einen Paragraphen, der das Schlagen verbietet.“ In der Zwischenzeit hatten sich einige Heißsporne schon wieder in Hitze geredet. Jeder berichtete von seinen Erlebnissen, und schließlich hatte beinahe jeder schon

einen Heidentanz mit seinen Lehrgesellen gehabt. Der Jugendleiter ließ sie gewähren. Hier mußte erst jeder seine Sorgen losgeworden sein, damit ihm wieder Gehör geschenkt wird. Schließlich kam Franz zu Wort, der berichtete, daß in seiner Bude kein Geselle einem Lehrling auch nur etwas zuleide täte. Sie seien alle organisiert, wüßten, was Klassenkampf bedeute und verstünden auch, Lehrlinge als gleichwertige Menschen anzuerkennen. „Dann komm man zu uns“, schrien einige wild drauflos, die durchaus bemitleidet sein wollten oder sich auch dicke tun mochten. Sie mußten es wirklich schauerlich schlecht bei ihren Kräutern haben. Plötzlich meldete sich auch noch Willi zum Wort, der sonst nicht den Mund auftat, den alle ein wenig über die Achsel ansahen, weil er kaum bis drei zählen konnte, und der immer der Letzte auf der Wanderung war. Alle waren still, nicht weil sie was Besonderes erwarteten, sondern weil sie platt über seinen Redewillen waren. Und es war doch etwas Besonderes, was Willi zum Ausdruck brachte: „Mich hat mal ein Geselle geschlagen, das war gleich am Anfang der Lehre. Erst schimpfte er mich aus, dann schlug er. Ich habe ihn groß angesehen, nicht böse und nicht frech, gerade in die Augen und habe gesagt: Hätten Sie ihr Kind auch so behandelt? Er hat dann geknurr, aber hernach haben wir immer gut zusammengearbeitet.“ Der Ausspruch stimmte alle nachdenklich. Er bewog auch mich zum Grübeln. Behandeln wirklich alle Gewerkschafter die ihnen auf dem Arbeitsplatz anvertrauten jungen Menschen wie ihre Kinder? Würden sie ihre Jungen und Mädels so anschnauzen, wie sie es mit den fremden, ihnen anvertrauten Lehrlingen und Jugendlichen machen? Würden sie ihre Kinder die Reden hören lassen, die sie ändern gegenüber oft im Munde führen? Mir scheint, das Zusammenwirken von jung und alt wäre besser als jetzt, wenn sich jeder Gewerkschafter diese Fragen beantwortete. Sie werden im Kreise gewerkschaftlichen Jungvolks häufig besprochen.

## Meuterer in der Wirtschaftspartei

Das Liebäugeln mit dem System Papen durch den Vorstand der Wirtschaftspartei hat in diesem arg zusammengeschmolzenen Häuflein große Empörung verursacht. Wir können das auch aus dem Ausgang der Reichstagswahl ersehen. Statt einer Wiederaufzupflung der Partei der Handwerker ist ein weiterer Stimmenrückgang eingetreten. Selbst der so schneidige Metzgermeister Schneidewind in Köln war furchtbar erobert, als er erfahren mußte, daß sein Parteivorstand das System Papen unterstützen wird. Er schrieb an den Kölner Parteivorsitzenden unter ausdrücklicher Berufung auf seine Eigenschaft als „Vorsitzender der Stadtverordnetenfraktion der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes in Köln“ einen Brief, aus dem wir folgende sehr interessante Stellen entnehmen:

„Wirtschaftsankurbelung auf Kosten der Arbeiter und Angestellten ist ein Unding; in dieser Form zerstört sie nur die Kaufkraft der breiten Masse. Dies führt aber wieder nur zu Umsatzschrumpfung und somit zu Existenzvernichtungen, ganz besonders des gewerbetreibenden Mittelstandes.“

Er stellt dann weiter fest:

„Auch ich vertrete den Standpunkt, daß eine Regierung nicht jeder Zufallsmehrheit zum Opfer fallen darf. Es ist jedoch meine feste Überzeugung, daß keine Regierung, mag sie noch soviel Mut und Energie besitzen, auf die Dauer das Parlament ausschalten und gegen den Willen des Volkes regieren kann. Haben wir noch eine Verfassung, dann muß man sich unbedingt auch auf den Boden derselben stellen; meines Erachtens sind die Maßnahmen der jetzigen Regierung mit unserer heutigen Verfassung nicht in Einklang zu bringen.“

Schneidewind gehört bestimmt nicht zu jener Richtung der Handwerksmeister, die auch für den Arbeiter etwas übrig haben. Wir konnten bereits wiederholt auf die Behandlung seiner Gesellen im Betrieb hinweisen. Aber das Vorgehen der Wirtschaftspartei ging ihm doch über die Hutschnur; denn auch er weiß, wenn die Wirtschaftsbelegung auf Kosten der Arbeiter und Angestellten erfolgen soll, daß dann nur eine Zerstörung der Kaufkraft breiter Massen das Endergebnis ist. Und weil Schneidewind stark auf die Kundschaft dieser Volkskreise angewiesen ist, weiß er sehr gut, daß die Politik der Barone ständig zu einer weiteren Verschlechterung der Wirtschaftslage des gewerbetreibenden Mittelstandes beigetragen hat.

## Freitod als Betriebsunfall?

Nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung und den seither ergangenen Entscheidungen der Versicherungsbehörden ist der Begriff des Betriebsunfalles und die Auslegung desselben nunmehr fest umrissen. Danach gilt als entschädigungspflichtiger Betriebsunfall nur die Schädigung, die der Arbeitnehmer bei oder durch die Arbeit im versicherungspflichtigen Betrieb erleidet. Die Körperschädigung muß in ursächlichem Zusammenhange mit der Betriebsarbeit stehen. Ein weiteres Merkmal des Betriebsunfalles ist sein plötzliches Eintreten. Die Schädigung muß auf ein in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum eingeschlossenes Ereignis zurückzuführen sein. Fahrlässiges Handeln schließt die Annahme eines Betriebsunfalles und damit die Leistungspflicht des Versicherungsträgers nicht aus.

Nach § 556 der bereits erwähnten Reichsversicherungsordnung steht jedoch dem Verletzten und seinen Hinterbliebenen ein Anspruch auf Leistungen dann nicht zu, wenn sie den Unfall vorsätzlich herbeigeführt haben. Das Vorliegen des Vorsatzes ist von der Berufsgenossenschaft nachzuweisen. In letzter Zeit hat verschiedentlich die Frage eine Rolle gespielt, ob und wann gegebenenfalls ein Selbstmord als Betriebsunfall anzusehen ist. Bei strenger Auslegung des § 556 RVO. kann eigentlich ein Selbstmord nicht als entschädigungspflichtiger Betriebsunfall angesehen werden, da ja jede Selbstentlebung vorsätzlich herbeigeführt ist. So einfach läßt sich die Frage jedoch nicht beantworten.

Die Versicherungsbehörden haben sich in einer ganzen Reihe von Fällen mit dieser Frage zu beschäftigen gehabt. So besagt eine Entscheidung:

der Nähe von Afrika. Ein prächtiges Schauspiel brachte der Abend: eine totale Mondfinsternis auf dem Ozean.

Karfreitag: Wir sind zeitig auf Deck in freudiger Erwartung der Landung in Madeyra, der Perle des Atlantiks. Schon sehen wir vorgelagerte Inseln mit einem Leuchtturm. In diesen Gewässern findet man einen großen Fischreichtum; Tunfische und Timmler schwammen gruppenweise neben unserem Schiff, Delphine sprangen hoch, fliegende Fische stiegen aus dem Wasser und flogen an den Seiten des Schiffes entlang.

Bei lachendem Sonnenschein waren wir um 8 Uhr im Hafen von Funchal, der Hauptstadt, nach einer Seefahrt von 5 Tagen und 15 Stunden, angekommen. 1000 Meter vom Strand wurde das Schiff verankert. 40 Boote mit 2 bis 3 Eingeborenen besetzt, kräftige braune Gestalten kamen heran. Sie riefen fortwährend „Marka“, d. h. wir sollten Geldmünzen ins Wasser werfen, wonach sie tauchten und das Geld schnell herausholten. Bei dem hohen Seegang war das Ausbooten schwierig. Am Hafen standen lange Reihen Droschkenschlitten mit Ochsen bespannt, die von den Fremden viel benutzt wurden. Der Frachtverkehr wird ebenfalls auf Schlitten bewältigt, die mit Maultieren bespannt sind. Die Stadt hat 58 000 Einwohner, sie ist terrassenförmig an den Berg angelegt, bis 600 Meter hoch. An den Bäumen hingen reife Apfelsinen, Mandarinen, Zitronen und Mandeln. Auch waren dort große Bananenplantagen und Zuckerrohrfelder. In den Gärten blühten Rosen, Veilchen und unbekannter Blumenflor. Palmenhaine in allen Gattungen und wohlriechende Bäume findet man überall. Natur und gärtnerische Kunst haben hier ein Paradies geschaffen. Die schönsten Punkte der Stadt und Umgebung wurden aufgesucht. Am nächsten Tag begann die Revolution, der Gouverneur

„Ein Selbstmord im Anschluß an einen Betriebsunfall steht mit diesem nur in Zusammenhang, wenn er in einem durch den Unfall herbeigeführten Zustand der Unzurechnungsfähigkeit begangen ist.“ Ist also der Versicherte infolge des Unfalles oder der Folgen desselben in seiner Willenskraft beschränkt (unzurechnungsfähig), so steht der Selbstmord mit dem Unfall im Zusammenhang und die Leistungspflicht des Versicherungsträgers ist gegeben. Anders liegen die Dinge jedoch dann, wenn der Selbstmord bei klarem Verstand, dann, wenn der Selbstmord aus Sorge um die Gesundheit, Sorge um die Erhaltung der Familie oder aus mangelnder Stärke im Ertragen von Schmerzen begangen ist. In einem solchen Falle besteht kein Anspruch auf Leistungen.

Interessant ist auch ein älteres Urteil aus dem Jahre 1919. In diesem heißt es: „Ein Selbstmord ist auch dann nicht als entschädigungspflichtiger Unfall anzusehen, wenn er in der Betriebsstätte mit Betriebsmitteln wegen schlechter Behandlung durch Vorgesetzte ausgeführt worden ist, wenn er eine Unfallverletzung als Beweggrund hat. Erwähnt sei schließlich noch eine Entscheidung des Sächsischen Landesversicherungsamtes vom Jahre 1917, die folgenden Rechtsgrundsatz aufgestellt hat: „Die Witwe eines Versicherten, der infolge geistiger Störung Selbstmord verübt hat, hat Anspruch auf Unfallentschädigung, wenn sich die Geistesstörung infolge eines Betriebsunfalles entwickelt hat.“ Kl—s.

## Wenn Nazis streiken

In Berlin kam es vier Tage vor der Wahl zum Streik der Verkehrsarbeiter. Der Streik wurde von Kommunisten und Nazis auch noch fortgesetzt, nachdem der gefällte Schiedsspruch verbindlich erklärt war. Die sich an Recht und Gesetz haltenden gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wurden durch schlimmsten Terror an der Wiederaufnahme der Arbeit gehindert. Kommunisten mit den Nazis Arm in Arm scheuten sich auch nicht, Menschenleben zu gefährden. Sie haben Straßenbahnschienen unter Starkstrom gesetzt, sie haben die Insassen der Wagen beschossen und mit Steinen beworfen. Zahlreiche Verletzte mußten in die Krankenhäuser gebracht werden. Daß mit diesen Methoden ein Streik nicht geführt werden kann, liegt klar auf der Hand. Erreicht wird damit nur, daß der Streik, die schärfste Waffe des Arbeiters im Kampfe um seine Lebensexistenz, an Wirkung verliert.

Den vereinigten Links- und Rechtsradikalen war es auch nicht darum zu tun, der Sache der Arbeiterschaft zu dienen. Für sie war der Streik ein Wahlmanöver, das am Tage nach der Wahl ergebnislos abgeblasen wurde. Der einzige Erfolg bestand darin, daß mehr als 2000 Arbeiter auf der Strecke blieben. Diese bedauernswerten Opfer gerissener Demagogie werden nicht lange brauchen, um zu erkennen, daß ein Kampf der Arbeiter nur durch die Arbeiter und ihren Gewerkschaften geführt werden kann. Leute, die früher die Nase gerümpft haben, wenn Arbeiter streikten und heute gewissenlos Arbeiter in einen aussichtslosen Streik hetzen, während sie selber mit ihren Autos durch die Straßen fahren, können niemals Arbeiterführer sein.

## Das Wandern ist des Müllers Lust . . .

Seit meiner Wanderschaft als Müller steckt mir das Reisefieber noch im Blut; deshalb haben mein Kollege und ich jahrelang zu einer Seereise gespart.

Am 28. März fuhr die Monte Rosa vom Hamburger Hafen ab. Ein neues großes Schiff, mit allem Luxus ausgestattet. Punkt 4 Uhr erklang das Abfahrtszeichen. Wir waren 1200 Passagiere. In zwei Speisesälen wurde serviert. Die Stühle sind befestigt und mit drehbarem Obergestell. Eine Treppe höher sind zwei Gesellschaftsräume in derselben Größe. In den Sälen ist abends Konzert und Tanz. Um 11 Uhr kamen wir an der Insel Heigoland vorüber. Der Sturm heulte und pfliff um das Schiff, Windstärke 8. Uns hat der Grog vor Seekrankheit bewahrt. Am nächsten Morgen wurden wir von der Bordkapelle mit einem Choral geweckt. Wir fuhren an den Nordseeinseln vorüber. Abends erreichten wir den Englischen Kanal, sahen die Leuchttürme an der Themsemündung, Dover und andere Küstenstädte im Lichterglanz und gegenüber den Leuchtturm von Calais. Dann kam der Golf von Biskaya, der wegen stürmischen Wetters sehr gefürchtet ist. Die Durchfahrt dauert 32 Stunden.

Auf dem Schiff gab es keine Klassenunterschiede. In den sechs Stockwerken konnten wir uns zwanglos anhalten. Das Promenadendeck hatte eine Länge von 200 Meter.

Furchtbar wütete der Sturm; er wurde zum Orkan. Liegestühle und Klappstühle wurden über Bord geschleudert. Sturzwellen kamen über das Vorder- und Hinterschiff. Dazu regnete es in Strömen. Von geschützter Stelle aus konnten wir das aufgewühlte Meer und die Wellenberge beobachten. Zur Tischzeit fehlten viele Opfer der Seekrankheit. Am nächsten Morgen war der schönste Sonnenschein. Die Temperatur hatte sich geändert, denn wir waren in

wurde weggejagt. Die Straßen waren voller Menschen, dazwischen Militär. Wir hörten auch einzelne Kanonenschüsse. Da wir uns nicht verständigen konnten, wußten wir nicht was los war. Belästigt wurden wir nicht. In den nächsten Tagen wurde das Schiff auf hoher See durch Funkspruch benachrichtigt, daß durch portugiesische Kriegsschiffe der Hafen blockiert wurde. Es durfte kein Schiff mehr ein- und ausfahren.

Als wir am Ostersonabend abfuhren, war die Stadt erleuchtet. Die Scheinwerfer vom Schiff bestrahlten die schönsten Punkte der Stadt bis zum Bergesgipfel.

Wir näherten uns der spanischen Küste. Die Kuppeln der Kirchen von Cadix erglänzten golden in der Sonne. Cadix, mit 70 000 Einwohnern, liegt auf einer Halbinsel. Wir bestiegen den höchsten Turm del Vigia, er dient als Wacht- und Signalturm. Eine herrliche Aussicht über die Stadt und das Meer.

Abfahrt und weiter zur Seefestung Gibraltar, ein großer Bergfelsen bei der Einfahrt zum Mittelmeer, 425 Meter hoch. Hinter dem Berg sind die Kasernen und der Kriegshafen. In der Morgensonne sahen wir gegenüber die Küste von Afrika. Wir erreichten Malaga. Die Stadt wird besucht. Breite Palmenalleen mit malerisch schönem Park, der überragt wird von der alten maurischen Burg Alkazaba; die Ruinen werden von Zigeunern bewohnt. Das französische Passagierschiff Florida, von einem englischen Kriegsschiff gerammt, war unser Ziel. Am Hinterschiff war die Schiffswand 2½ Meter breit durchschnitten. 23 Passagiere sind ertrunken. Monteure arbeiteten mit Sauerstoffapparaten, um die verbogenen Eisenplatten abzutrennen. Eine Weinexportfirma hatte die Reisegesellschaft eingeladen, ihre Kellereien zu besuchen, die Weinprobe

## Menschen frieren

Es gibt Millionen Arbeitslose, die bereits zwei Jahre und länger ohne Arbeit sind. Von ihrer knappen Unterstützung, die ihnen Papen noch gekürzt hat, sind sie weder im vorigen Jahre noch in diesem Jahre in der Lage gewesen, sich warme Kleidung zu beschaffen. Noch viel schlimmer geht es mit der Beschaffung von Brennmaterial. Verschwandend gering ist die Zahl jener Erwerbslosen, die Holz und Kohlen über den Tagesbedarf hinaus im Keller haben. Eine große Anzahl wird in dem bevorstehenden Winter die Küche nicht heizen können, wenn ihnen nicht schnellstens in umfassender Weise Brennmaterial zur Verfügung gestellt wird. Das was auf diesem Gebiet in all den Jahren von den Gemeinden getan wurde, ist in diesem Winter in Frage gestellt. Die Gemeinden haben Mühe und Not, die Unterstützungen für die Wohlfahrtserwerbslosen zu beschaffen.

Das Reich muß helfen, es kann helfen, wenn die „christlichste aller christlichen Reichsregierungen“ sich aufrufen würde, die Gesetzesvorlage der Sozialdemokratie zu akzeptieren. Diese Vorlage ist bereits in der zweiten Augushälfte der Öffentlichkeit bekanntgeworden. Sie enthält einen Gesetzentwurf über eine Winterhilfe für die notleidende Bevölkerung. Darinnen wird verlangt, daß die deutschen Erwerbslosen und Rentenempfänger eine zusätzliche Winterhilfe in Form von unentgeltlicher Belieferung mit Kohlen und Kartoffeln erhalten, die nicht zur Verminderung der Geldunterstützung führen darf. Jeder Haushalt soll durchschnittlich 20 Zentner Kohlen unentgeltlich erhalten.

Dieses Verlangen ist nicht unbillig. Heute liegen allein in Westfalen 8,5 Millionen Tonnen auf Halden, die sich zersetzen und wertlos werden. Ist es mit Christlichkeit zu vereinbaren, daß Millionen Menschen im kommenden Winter frieren, während ungeheure Kohlenvorräte auf ihre Verwertung warten?

## Mehl- und Brotpreise

am 1. November

In Nr. 45 der „Einigkeit“ wurde bereits berichtet, daß die größte Sorge des Reichskabinetts darin besteht, die Preise für Brotgetreide trotz des großen Erntesegens durch immer neue Stützungsaktionen so hoch wie möglich zu halten. Die dadurch fortschreitende Kaufkraftschwächung der breiten Masse der Bevölkerung führt aber schließlich dazu, daß der Absatz an Mehl und Brot ständig weiter zurückgeht. Kein Wunder, daß infolge der geringeren Nachfrage die Getreidepreise trotz aller künstlichen Regierungsmaßnahmen eine rückläufige Bewegung aufweisen, wie aus der nachstehenden Zusammenstellung der amtlichen Notierungen an der Berliner Börse im Durchschnitt der einzelnen Monatsdrittel des Oktober hervorgeht:

	Weizen ab märk. Station (per Tonne)	Roggen mehl (per 100 kg)	Weizen- mehl (per 100 kg)	Roggen- mehl (per 100 kg)
1. bis 10. Oktober . . .	203,60	157,60	27,15	21,50
11. bis 20. Oktober . . .	199,50	156,70	26,60	21,50
21. bis 31. Oktober . . .	193,60	154,20	25,70	20,80

war kostenlos nach Bedarf. Nach 6stündiger Fahrt im Hafen von Ceuta gelandet. Die Stadt hat 26 000 Einwohner, gehört zu Marokko. Es liegt viel Militär hier, Kolonialtruppen und Soldaten der Eingeborenenstämme in ihrer bunten Uniform. Hier ist große Hitze und wenig Regen. Die Kaktuspflanzen wachsen überall strauchartig wild auf den Feldern. In den Parks und Privatgärten Palmen und orientalische Gewächse. Eine Landfahrt nach Tetuan, 40 Kilometer entfernt, die Bahn fährt durch mehrere Tunnels, die Berge sind Ausläufer des Rifgebirges, in der Nähe beginnt die endlose Wüste, vor wenigen Jahren noch Kriegsschauplatz. Der Bahnhof von Tetuan ist mit Palmenpflanzungen umgeben, eine maurische Stadt von 45 000 Einwohnern. Die Straßen sind schmal und unsauber. Die Händler und deren Frauen sitzen zwischen ihren Waren auf der Erde. Die Frauen mit verhülltem Gesicht, nur die Augen sind sichtbar, ebenfalls die Frauen der Eingeborenen, wenn sie auf die Straße gehen. Die Reichen wohnen in Palästen mit flachen Dächern und schön gepflegten Gärten. Der Kurs ging nach Palma de Malorka. Die Stadt hat 80 000 Einwohner. In dieser üppigen Vegetation gedeihen alle Südfrüchte, in der Umgebung gibt es Dattelpalmen und Oelbaumwälder. Abends Abfahrt nach Barcelona. Eine Millionenstadt mit zehntausend Deutschen. Ein großer Welthafen. Wir versuchten wieder auf eigene Faust mit einigen spanischen Brocken uns in dieser großen Stadt zu orientieren. Bis zu den Ausstellungshallen war es möglich, dort studierten wir den Stadtplan. Mein Kollege bat ein 10jähriges Mädchen um Auskunft, die Kleine lachte und sagte: „Mit mir können Sie deutsch reden, ich bin ein deutsches Kind. Sie hat uns sehr gebeten, wir sollten mit zu ihren Eltern kommen. Ihr Vater botsich an, uns in der Stadt herumzuführen; dadurch haben wir viel gesehen

Nach unserer monatlichen Statistik betrug der durchschnittliche Preis für 1 dz Roggenmehl am 1. November 25 Mk. gegenüber 26,10 Mk. im Vormonat. Der Durchschnittspreis für 1 kg Roggenbrot betrug am 1. November 35 Pf., am 1. Oktober 35,3 Pf.

Ort	Preis für		Preis für		Gewicht des Weizenbrötchens g
	1 dz Roggenmehl Mk.	1 kg Roggenbrot (Mischbrot) Pf.	1 dz Weizenmehl Mk.	1 Weizenbrötchen (Semmel) Pf.	
Königsberg i. Pr. . . . .	23,—	32	34,—	2,5	40
Breslau . . . . .	22,25	34	27,75	4	66
Görlitz . . . . .	25,—	30	31,—	2,5	35
Gleiwitz . . . . .	24,20	32	27,80	5	80
Ratibor . . . . .	24,50	32	30,50	5	70
Berlin . . . . .	21,50	32	28,—	2,5	34
Hamburg . . . . .	23,75	29	36,50	2,5	28—35
Bremen . . . . .	23,50	38	33,—	2,5	28
Magdeburg . . . . .	22,50	30	33,—	5	60
Hannover . . . . .	24,—	30	36,—	2,5	29,5
Leipzig . . . . .	24,—	30	35,—	4	45
Halle . . . . .	24,—	32	35,—	3	37
Chemnitz . . . . .	30,—	32	36,—	3	40
Dresden . . . . .	24,50	38	31,75	4	40—45
Erfurt . . . . .	25,—	32	36,—	3	38
München . . . . .	26,—	42	38,—	4	46
Nürnberg . . . . .	27,40	38	34,15	4	38
Landshut . . . . .	27,—	42	36,—	2,5	33
Würzburg . . . . .	27,50	37	36,50	5	60
Stuttgart . . . . .	31,—	38	39,—	3	50
Mannheim . . . . .	24,50	33,2	33,40	4	45
Freiburg i. Br. . . . .	28,—	40	32,50	4	35
Frankfurt a. M. . . . .	28,50	34	30,—	4	45
Kassel . . . . .	24,—	30	29,—	3	35
Düsseldorf . . . . .	26,50	34	37,50	2,5	40—45
Köln . . . . .	24,50	40	29,—	3	35
Aachen . . . . .	28,75	49,4	29,—	3	38—40
Krefeld . . . . .	24,—	36	29,50	2,5	35
Wuppertal . . . . .	25,50	38,4	34,50	3	40—45
Essen . . . . .	28,—	40	38,—	2,5	38
Dortmund . . . . .	23,—	35	30,—	2,5	35—40
Bielefeld . . . . .	23,50	35,2	32,—	2,5	32
Danzig . . . . .	17,—	30	24,50	3	40—45

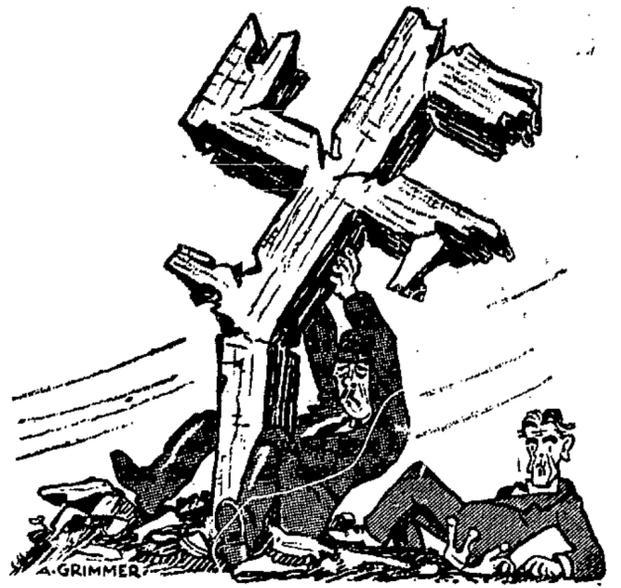
<sup>1)</sup> Brotmehl. <sup>2)</sup> Durchschnittspreis. <sup>3)</sup> Feinbrot. <sup>4)</sup> Mischmehl.

## Rückgang im Welthandel

Seit dem Jahre 1929 kommt der Rückgang im Welthandel in geradezu katastrophaler Form zum Ausdruck. Das Statistische Reichsamts gibt für das erste Halbjahr 1932 den Welthandel von 48 Staaten bekannt. Diese 48 Staaten sind in ihrer Einfuhr im ersten Halbjahr 1929 von 66,5 Milliarden Mark auf 27,5 Milliarden im ersten Halbjahr 1932 und in der Ausfuhr von 59,8 Milliarden Mark auf 23,7 Milliarden zurückgegangen. Mit diesem Außenhandel erreichen wir nur noch zwei Drittel des Umfangs des Welthandels vom Jahre 1913.

Ueberraschend stark ist der Rückgang des Welthandels gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 1931. Wir heben nur 6 der bedeutendsten Staaten heraus. Eine Einbuße in der Ausfuhr hatten zu verzeichnen: Deutschland um 37,3 v. H., England 30,3 v. H., Frankreich 37,4 v. H., Niederlande 37,8 v. H., Italien 33,3 v. H. und die Vereinigten

und Neues erfahren. An diesem Tage waren die Wahlen in Spanien, und in den nächsten Tagen wurde die Republik ausgerufen. Mit großen Erwartungen ging ich zur Stierkampfarena, die 16 500 Personen faßt; aber nach dem ersten Stierkampf war ich sehr enttäuscht. Als der Stier Roß und Reiter mit den Hörnern umstürzte und dem Pferd den Leib aufriß, daß die Eingeweide herausgingen, sind viele von der Reisegesellschaft fortgegangen. Die Spanier tobten bei jedem Akt vor Begeisterung, hauptsächlich dann, wenn der Torero den Stier mit dem Stockdegen den Todesstoß versetzte. Am nächsten Tag in großen Gesellschaftsautos nach dem Montserat gefahren. Ein hohes, sagenumwobenes Felsengebirge, 90 Kilometer entfernt von der Stadt, der höchste Gipfel 1241 Meter. Ueber viele Brücken schlängelt sich die Straße in unzähligen Kurven hinauf zum Benediktinerkloster. Mit einer sehr steilen Schwebbahn erreichten wir die Spitze des Berges. In der Sage gilt der Berg als Heimstätte des heiligen Grals. Richard Wagner hat hier den Parsifal geschaffen. Um 8 Uhr die Abfahrt des Schiffes. In der Nacht ist das Wetter sehr stürmisch geworden. Wir sind im Golf von Lyon, hier treten die Stürme häufig auf. Die Wellenberge tragen Schaumkronen, der Sturm schickt sie aufs Promenadendeck. Das Schiff fährt an der französischen Küste entlang. Nach Beginn der Dunkelheit sehen wir die Küste im Lichterglanze. Wir sind gegenüber der französischen Riviera. Den ganzen Abend sind unsere Augen an dieses Schauspiel gefesselt. Als wir am 15. April erwachten, waren wir im Hafen von Genua, und damit war unsere Schiffsreise beendet. Die südliche Sonne hat uns tüchtig gebräunt. Von hier aus noch ein Ausflug nach Rapallo, der italienischen Riviera. Dann die Heimreise über Mailand, Lugano, St. Gotthard, Luzern, Basel, Frankfurt, Berlin.



## Nach dem Sturm!

Hitler: Die Bewegung ist unerschütterter . . .  
Papen: Die Situation ist unverändert . . .

Staaten von Amerika um 36,2 v. H. Der Unterschied zwischen diesen Staaten ist gering, auch in der Einfuhr haben diese besonders stark am Außenhandel interessierten Länder einen fast gleichen Rückgang zu verzeichnen. Der Welthandel ist also zusammengeschrumpft wie in keiner vorausgegangenen Periode. Daß bei der Tendenz der einzelnen Staaten, sich durch Zoll- und Einfuhrsperrung gegen die Wareneinfuhr abzuschließen, ein bemerkenswerter Umschlag eintreten kann, ist ausgeschlossen.

Der Kapitalismus erzeugt in allen Ländern die gleichen Uebel. Er vermag selbst nicht die zerstörten Gebiete des Welthandels wieder aufzubauen, im Gegenteil, er treibt sie weiter in das Verderben hinein. Das politische System ist das der kapitalistischen Herrschaft; ob Faschismus, ob Bourgeoisie, ob Agrarier oder Schlotbarone die Herrschaft haben: die Unterschiede sind unbedeutend in der wirtschaftlichen Gestaltung. Halten kann nur eine sozialistische planmäßige Wirtschaft, die dieses System beseitigt und eine Organisation aufbaut, die dem gesamten Volke zum Nutzen gereicht.

## Im Kampf um das Recht der Fleischergesellen

Wer vom „Recht“ des Staatsbürgers spricht, versteht darunter nicht nur die persönliche Freiheit, sondern auch die Möglichkeiten, die sich infolge eigener Entschlußfähigkeit ergeben. „Recht“ ist kurz alles das, was uns zu erwerben zusteht und, sofern es uns vorenthalten wird, erkämpft werden muß. Von der Beschränkung des persönlichen Rechts, der Rechtlosmachung, soll hier die Rede sein. Goethe sagte im Faust: „Vom Rechte, das mit uns geboren ist, von dem ist leider nie die Frage.“ Das Recht ist keine Einrichtung von ungefähr, sondern der Ausdruck eines bestimmten Willens, dem die Tat vorausging. Die Rechte des Menschen sind beschnitten; nur wer sie sich erkämpft, der kann sich behaupten!

Analog dieser Erkenntnis besannen sich auch die Fleischergesellen auf ihr Recht und erkämpften es durch ihren Verband. Dazu lag aller Grund vor! Der Fleischergeselle von früher kannte keine persönlichen Rechte. Er war täglich 12, 16 und mehr Stunden eingespannt in die Fron seiner Arbeit und das Gebot der Feiertagsheiligung galt für ihn nicht. Müde und abgespannt von der Arbeit hatte er keinen Sinn für all die Dinge, die um ihn herum vor sich gingen. Jeder Alltag zeigte das gleiche Gesicht, spurlos gingen Freude, Erholung und Menschsein an ihm vorüber. Freudlos war seine Jugend, hart sein Los. Wenn er den Ertrag seiner nie endwollenden emsigen Arbeit in barer Münze überschlug, dann verblieben ihm nur einige Mark. Damit ließ sich nicht einmal ein Sonntagsvergnügen veranstalten und am Montag war die übliche Kassenebbe! Frei nach Heine „... hast du aber gar nichts, Lump, nun, so lasse dich begraben“, konnte er sehen, wie er sich durchschlug. Kranksein gehörte damals zum „Luxus“ des Fleischergesellen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, war der erste Tag seiner Erkrankung gleichbedeutend mit der Kündigung. Es gab keine Lohnzahlung in Krankheitsfällen und der arme Teufel von Geselle hatte nichts zu beißen. Urlaub war in der Zeit vor 1918 das Traumideal jedes Fleischergesellen. Wie konnte davon auch die Rede sein, wo für ihn das Jahr 365 Arbeitstage hatte?

Ueberhaupt kannte er in der Zeit vor 1918 keine persönlichen Rechte. In jeder Beziehung unterlag er den Anordnungen seines Meisters. Ueber die Lohnhöhe hatte er nicht mitzureden. Den Arbeitsanfang und das Ende bestimmte der Meister. Paßte es ihm nicht, nun, dann mußte er wie ein geprügelter Hund

von dannen ziehen, Mittellos und ohne Unterstützung mußte er sich durchschlagen.

Erst mit der Einführung der Tarifverträge brach eine neue Zeit für den Fleischergehilfen an. Die Lohnregelung, Begrenzung der Arbeitszeit, Urlaubsgewährung und Weiterzahlung des Lohnes in Krankheitsfällen brachten ihm zum Bewußtsein, daß auch er Mensch ist und Rechte hat! Heute sollen alle diese Rechte wieder beseitigt werden. Das Los der Fleischergehilfen vor 1918 soll wiederkommen. Denkt daran! Jungkollegen, denkt daran, mit welcher Begeisterung die älteren unter euch für die Beseitigung dieser menschenwürdigen Zustände kämpften! Besinnt euch, daß es viele, viele Rechte zu verteidigen gilt! Dazu ist unser Verband berufen! Wir müssen uns in der Gewerkschaft zusammenschließen, denn sie kämpft um unsere Rechte! Wohlan, werdet ihr Mitglied und kämpft Schulter an Schulter mit euren Kameraden und gebt eure Rechte nicht preis!

## Rohstoffpreise sinken

Als eine der wesentlichsten Vorbedingungen zum Konjunkturaufstieg wird das Steigen der Rohstoffpreise betrachtet. Auf allen Weltmärkten und in den Stuben der Konjunkturforschungen waren frohe Gesichter zu sehen, als sie im Frühjahr dieses Jahres anzuziehen begannen. Die ersten Anzeichen eines Wirtschaftsumschwungs wurden bestimmt festgestellt. Die Regierung hat ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm nicht zuletzt auf die steigende Tendenz der Rohstoffpreise aufgebaut. Seit einigen Wochen macht sich am Weltmarkt ein Umschwung bemerkbar. In den Statistischen Uebersichten der Dresdner Bank vom 4. November wird der Bericht über den Warenmarkt folgendermaßen eingeleitet:

„Die rückläufige Preisentwicklung, die nach der Juli-August-Hausse auf den meisten internationalen Rohstoffmärkten wieder zum Durchbruch gekommen ist, hat sich in dem abgelaufenen Berichtsabschnitt im allgemeinen weiter fortgesetzt. Infolge der starken Zurückhaltung der Verbraucher, die im Hinblick auf die ungeklärten weltpolitischen Fragen und die unmittelbar bevorstehenden Neuwahlen in Amerika und Deutschland ihre Käufe auf den notwendigsten Bedarf beschränkten, bröckelten die Notierungen für eine Reihe von Rohstoffen weiter ab. Auf dem Weltmarkt für Getreide erreichten die Weizenpreise sogar einen neuen Rekordtiefstand. Bemerkenswerterweise konnte sich jedoch auf den Märkten, die schon in den Vorwochen eine widerstandsfähige Haltung gegenüber der Gesamttendenz gezeigt haben, die zuversichtlichere Stimmung auch weiterhin behaupten.“

Ein sehr bedenkliches Zeichen. Die Preise der meisten Rohstoffe liegen schwach oder geben nach. Als fest werden nur Eisen, Schrott, Flachs und Hopfen bezeichnet. Sollte sich ein erneuter Preisrückgang an den Rohstoffmärkten einstellen, dann wird manche Hoffnung zuschanden.

## Das Handwerk in Russland

Eine offizielle russische Darstellung.

Im Jahre 1931 ist in Moskau eine Abhandlung über „Die Kleinindustrie in Sowjetrußland“ erschienen, über die Lage des russischen Handwerks. Die russische Regierung ist sichtlich bemüht, das Handwerk zu fördern, bzw. für den fachlich geeigneten Nachwuchs zu sorgen. Begründet dürfte diese Maßnahme insbesondere in dem Mangel an Facharbeitern sein. Es handelt sich dort um eine wesentlich andere Handwerksförderung als in kapitalistischen Ländern. In Rußland wird die Gesamtwirtschaft dem Staatswohl untergeordnet, die Arbeiterklasse beherrscht durch den Staat die Produktionsmittel und somit ist der Arbeiter erster Bürger des Staates und genießt politische Rechte. Das Augenmerk wird auf die technische Rationalisierung und die Entwicklung zum Großbetrieb gerichtet. Die Rohstoffversorgung und den Absatz regelt der Staat, in seinem Auftrag der oberste Volkswirtschaftsrat und die ihm untergeordneten Wirtschaftssyndikate und Produktiv- und Konsumgenossenschaften. Rußland ist bestrebt, sein ungeheures Wirtschaftsgebiet zu einem geschlossenen Wirtschaftsgebilde zu machen, demzufolge fehlen wie bei uns die homogenen Klein- oder Handwerksbetriebe, die individuell geleitet werden. Sie gehen auf im Genossenschaftswesen und in den Produktivgenossenschaften. Auch für das Nahrungsmittelgewerbe herrscht die Form des Produktivgenossenschaftswesens vor. Die Handwerksangehörigen betreiben gemeinsame Werkstätten und regeln ihren Absatz auf genossenschaftlicher Grundlage. Die Ausbildung des Nachwuchses erfolgt in den gemeinsamen Werkstätten.

Diese Umstellung der russischen Handwerksbetriebe hatte auch die soziale Wandlung zur Folge. Tichomirov, der Verfasser der oben erwähnten Abhandlung gibt an, daß vor dem Kriege in der russischen Kleinindustrie 5,25 Millionen Menschen beschäftigt waren, deren Jahreserzeugung 2,4 Milliarden Rubel betrug. Dagegen waren in der Großindustrie nur 2,7 Millionen Arbeiter beschäftigt, die an einer Jahresproduktion von 4,9 Milliarden Rubel

beteiligt waren. Bereits 1920 waren nur noch 1,3 Millionen Dorfhandwerker vorhanden, zu denen noch 248 000 Stadthandwerker kamen. Diese Abnahme wird erklärt, daß sich erst mit der Entwicklung der Sowjetwirtschaft eine neue Entfaltung für das Handwerk und die Hausindustrie ergab, deren Dasein früher den erbärmlichsten Verhältnissen unterlag. Erst mit der Uebernahme des Handwerks und der Kleinindustrie in die Formen des Produktivwesens hätten sich hier Erfolge gezeigt. Nach russischen Quellen waren Produktivgenossenschaften vorhanden am 1. Januar 1931 19 600 und Ende 1931 27 792. In ihnen waren am 1. Januar 1931 2 321 000 Personen beschäftigt, die bis Ende 1931 um 1 304 000 Mitglieder stiegen. Von allen Mitgliedern seien 36,2 Proz. ehemalige Handwerker und Hausgewerbetreibende gewesen, 53,6 Proz. Fabrikarbeiter und 10,2 Proz. Handelsangestellte. Lehrlingszahlen werden leider nicht angegeben. Es wird aber angeführt, daß die Ausbildung der Lehrlinge nicht mehr in Einzelbetrieben erfolgt, sondern in gemeinsamen Lehrwerkstätten (Artels), Schulen und Kursen und teilweise durch brieflichen Fernunterricht. Später soll an Stelle dieser Ausbildungsart die Berufsschule und technische Lehranstalt treten und dabei sollen insbesondere die künftigen Leiter der Produktionsgenossenschaften das Leningrader Institut für Produktionsgenossenschaften besuchen.

Die Arbeits- und Produktivgenossenschaften sind abhängig von den Kreditgenossenschaften. Es erhält nicht etwa der einzelne Gewerbetreibende Kredite, sondern nur noch die Genossenschaft. Damit regelt gleichzeitig die Kreditgenossenschaft die Frage der Rohstoffversorgung und des Absatzes und wird zu einer Art Revisionsorgan.

## Das Erwachen des Menschen

Das Wesen des Menschen ist sein Geist, seine Seele. Aber die ist heute in Gefahr. Mit der Not, mit der Mechanisierung, mit dem Mammonismus verkümmert der Mensch.

Das sagen und schreiben viele Menschen, auch viele aus anderem Lager. Und aus dem Gefühle der Versklavung der Menschen in dieser Zeit erstet in ihnen eine starke Sehnsucht nach einem sittlichen Ethos, einem neuen Erleben des echten Menschen. „Liebeskräfte, die tiefsten Kräfte, wären zu einer neuen deutschen Humanität erforderlich, Kräfte, die nur aus einem ethischen oder religiösen Glauben kommen können. Aber hier geraten wir erst recht ins Chaos. Unsere offizielle und offiziöse Ethik hat keinerlei bewegende und hinreißende Kraft mehr.“

Mit diesem Worte aus einem Buche, das in der geistigen Welt Aufsehen erregte, treffen wir den letzten geistigen Kern des Übels der Zeit. Der alte Zeit ist die Seele erstarben, und auch der nationalsozialistischen Bewegung, diesem letzten großen Versuche einer Erhaltung des Alten, fehlt die Seele und die sittliche Idee. Wohl redet man da viel von sittlicher Erneuerung. Aber auch dieser letzte Versuch des Alten ist innerlich, seelisch tot.

Man denkt im Nationalsozialismus nicht aus dem Geiste. Man denkt aus dem Leib. Und darum gilt als das Höchste der Muskel und nicht das Hirn.

„Würde Deutschland jährlich 1 Million Kinder bekommen“, sagte Hitler auf dem Nürnberger Parteitag (vgl. „Völkische Beobachter“ Nr. 181 vom 7. August 1929), „und 700 000 bis 800 000 der Schwächsten beseitigen, dann würde am Ende das Ergebnis vielleicht sogar eine Kräftesteigerung sein.“

Also Kräftesteigerung im Sinne des Muskels, der „Rasse“. Nicht Kräftesteigerung im Sinne des Ethischen und des Geistigen.

Darum gilt dem Nationalsozialismus auch nichts von dem, das zu allen Zeiten die Seele der Ethik gewesen ist. Nichts gelten Liebe, Freundlichkeit, Gerechtigkeit, Verständnis, Mitleid. Nein, der „sittliche“ Kern des Nationalsozialismus ist die Brutalität. Und damit kennzeichnet der Nationalsozialismus am deutlichsten, daß auch er nicht die innerliche, sittliche Kraft hat, die allein aus diesem Chaos erheben kann.

„Der härteste Mann ist für die eiserne Zukunft gerade noch gut genug“, schreibt Rosenberg in seinem Buche „Mythos des 20. Jahrhunderts“. Und Goebbels bestätigt: Wir werden erst dann ans Ziel gelangen, wenn wir Mut genug haben, lachend zu zerstören, zu zertrümmern, was uns einst heilig war, als Tradition, als Erziehung, als Freundschaft und menschliche Liebe.“

Ist es nicht, als wenn die alte Zeit ihre ersterbende Seele zum letzten Male noch aufs brutalste zusammenfaßt, sich zu retten?

Und mitten in diesem sittlichen Chaos doch der Keim eines neuen Ethos im schaffenden, kämpfenden Volk. Von vielen noch unbeachtet und nicht erkannt. Und von den zünftigen Philosophen und nicht übersehen.

Man hört da nur Worte von Arbeitsrecht und von Lohn und Gemeinschaft. Man erlebt nicht den sittlichen Sinn, der dahinter steckt. Man spürt drüben nichts von der geistigen Größe der Wirtschaftsfreiheit. Nichts von dem sittlichen Sinn der Demokratie. Man sieht nur „Massen“. Und man ist erhaben.

Aber man ist, so erhaben man sich auch dünkt, innerlich leer. Ohne Tiefe, ohne Seele, ohne Liebe. Und darum ganz ohne Zukunft.

Es ist nicht so, daß unserer Zeit die große rettende Seele fehlt, der große Glaube, das sittliche

Ethos. Es ist da. Wir alle erleben es täglich. Aber was nützt, das ist das eine: diesen sittlichen, geistigen Kern der Bewegung mehr und mehr herauszuheben, mit unserer Begeisterung zu zünden, und mehr und mehr die Welt lauschen zu lassen auf das große Erwachen der Zeit, das Erwachen des Menschen, das sich im schaffenden Volke heute zeigt.

## Unsere Zeitschriften

Technik und Wirtschaftswesen. Das Novemberheft der fachtechnischen Zeitschrift für die Beschäftigten in den Getreide, Mehl, Zucker und Kakao verarbeitenden Industrien ist erschienen. Aus dem interessantesten und lehrreichsten hervor: Die Wandlung des Getreidekorns bei der Malzbereitung. — Eine neue Walzenstulpspeisung. — Konditorei und Weihnachtsfest. — Der Berliner Pfannkuchen. — Kalor-Patentbackofenheizung. — Die Verrottung der Schornsteine. — Ueber die rumänische Müllerei. — Nahrungsmittelrechtliche Fragen. — Technisch-wissenschaftliche Umschau. — Mathematisches aus der Praxis. — Arbeitsweise und -material (Weihnachtskonfekte, Spielzeuge aus Waffelmassen und viele andere Artikel). — Ausgewerbe und Industrie. — Rohstoffmarkt. — Fragekasten. — Literatur. — Patente.

Der ermäßigte Bezugspreis von 15 Pf. je Heft für Verbandsmitglieder ermöglicht es, daß jeder im Betrieb befindliche Kollege diese wertvolle Fachzeitschrift erwerben kann, der im Berufe vorwärtskommen will. Bestellungen nimmt jede Ortsgruppe entgegen.

## Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 4. November bis 10. November 1932.

Postcheckkonto der Hauptkasse: Berlin 120 79, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter — Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin NW 40.

### Ortsgruppen.

Dessau 43,96, Kulmbach 25,40, Leipzig 217,78, Rostock 23,52, Zweibrücken 20,00, Münster 16,80, Saarbrücken 98,16, Aachen 16,00, Erfurt 50,80, Königberg i. N.M. 27,60, Straubing 29,00, Augsburg 48,20, Duisburg 44,96, Heilbronn 21,70, Landshut 21,40, Mannheim 114,62, München 228,34, Oldenburg 19,44, Würzburg 49,20, Flensburg 288,26, Hamburg 329,18, Hannover 121,66, Münster 18,00, Greifswald 200,00, Konstanz 70,00, Zerbst 140,00, Regensburg 28,14, Krefeld 9,00, Meiden 400,00, Plauen 20,00, Heilbronn 137,04, Chemnitz 45,82, Nürnberg 122,34, Braunschweig 32,48, Heilbronn 88,96, Annaberg 100,00, Barmstedt 46,02, Braunschweig 3661,30, Bremen 1837,12, Breslau 2025,60, Celle 253,93, Dessau 1320,25, 825,20, Dessau 1,00, Eibau 8,20, Eisenberg 97,31, Emden 40,00, Friedr. 25,65, Fürstenwalde 428,79, Gera 4,60, Göttingen 50,00, Göttingen 964,52, Gotha 68,50, Göttingen 101,38, Grünstadt 2,57, Hagen 328,03, Halberstadt 5199,98, Hamburg 26 335,06, 3,15, Hann.-Münden 36,93, Hächst 107,64, Jüterbog 5,54, Kellinghusen 24,52, Kiel 3282,68, Königberg i. Pr. 705,33, Lahr 50,00, Landau 88, Langensalza 135,40, Leer 12,20, Leipzig 4580,16, 4284,80, Liegnitz 1500,00, Löbau 90,89, Lübeck 5200,00, Magdeburg 2413,40, 265,83, Marienwerder 11,98, Nordhausen 31,65, Ogdersheim 135,02, Oldenburg 1500,00, Oranienburg 100,00, Osterode i. Harz 46,65, Pfundstadt 202,06, Pirmasens 51,97, Potsdam 72,09, Quedlinburg 20,00, Raitenbor 50,00, Ravensburg 11,79, Rudelstadt i. Schl. 160,78, Schkeuditz 205,73, Stendal 500,00, Thannhausen 3,60, Traunstein 8,00, Waldshut 63,66, Wehlau 10,00, 52, Brandenburg 200,00, Glauchau 150,00, Kusel 100,00, Bayreuth 24,24, Elmshorn 1043,02, Bielefeld 64,96, Elbing 200,00, Gerabronn 100,00, Fürstberg 120,00, Neubrandenburg 100,00, Preetz i. H. 20,48, Magdeburg 124,84, Mainz 91,16, Aschersleben 177,19, Bitterfeld 200,00, Demmin 150,00, Dresden 196,48, Emden 200,00, Glätz 100,00, Memmingen 350,00, Mühlhausen 150,00, Waren 40,00, Weißwasser 150,00, Brieg 400,00, Burg 300,00, Kaufbeuren 180,02, Leipzig 2000,00, Stuttgart 112,00.

### Sonstiges:

Mainz 30,00, Berlin 86,27, 1,80, 80,00, Bielefeld 40,00, Berlin 150,00, Hannover 3,50, Deventer 1,80, Berlin 379,00, 16 155,00, 2018,10, Düsseldorf 17,35, Niedersiedlitz 1,80.

## Korrespondenzen

Ansbach. Am 29. Oktober ehrte die Ortsgruppe zehn Kollegen, die länger als 25 Jahre dem Verbandsangehören. Zuvor gab Kollege Hechtel, Nürnberg, einen ausführlichen Bericht über die Lohnverhandlungen mit dem bayerischen Brauerbund, wo es unseren Vertretern gelungen ist, den von den Unternehmern verlangten zehnprozentigen Lohnabbau abzuwehren. Er ermahnte die Anwesenden in Zukunft fester denn je zusammenzuhalten, um für die kommenden Kämpfe gerüstet zu sein. Zur Ehrung übergehend, gab Kollege Hechtel einen kurzen Rückblick auf die früheren Verhältnisse in den Brauereien, wo noch 16 und mehr Stunden geschuftet werden mußte. Er dankte den Jubilaren für ihre Treue und Mitarbeit in unserer Organisation während ihrer 25jährigen Zugehörigkeit. Auch den Frauen der Jubilare dankte er. Die jüngeren Kollegen ermahnte er, sich ein Beispiel zu nehmen an den Jubilaren und mitzuarbeiten am Werk im Sinne der Alten. Für die Ortsgruppe übermittelte Kollege Staudinger Dank und Anerkennung, wobei er jedem Jubilar ein Diplom sowie ein aus Mitteln der Lokalkasse gestiftetes Geschenk überreichte.

Danzig. (Ein frommer Christ.) Der unter den Konditoren genugsam bekannte Konditorgehilfe Georg Kowalski gründete eine Fachschule, um Bäcker zu Konditoren auszubilden. Damit hatte er wenig Glück; denn dieser Gehilfe, der als strammer Kirchengänger gut bekannt ist, hat die üble Gewohnheit, sich bei den Konditormeistern anzuschmusen, um andere, in Arbeit stehende Gehilfen aus den Betrieben zu treiben. Trotz eigener Anpreisung seiner tüchtigen Arbeitskraft und der Leistungen, die er hier und da verrichtet hat, scheinen ihn die Konditormeister gut zu kennen und sie wollen von seiner „geschätzten Arbeitskraft“ nichts wissen. Schon oftmals ist er mit seinen Bettelbriefen abgewiesen worden, dafür erntete er aber reichliche Verachtung unter der Kollegenschaft. Wir können verstehen, daß die Konditormeister von dieser „geschätzten Arbeitskraft“ nichts

wissen wollen, denn wenn er selbst zur Erhöhung der Konkurrenz beiträgt mit seiner Fachschule, dann kann man begreifen, daß auch die Unternehmer im Konditorgewerbe gegen diese verlässige Kraft aufgebracht sind. Wie dringend notwendig die gewerkschaftliche Organisation für alle Gehilfen ist, kann man wiederum aus diesem Vorgang ersehen. Nur durch solidarischen Zusammenschluß kann die Kollegenschaft sich vor wirtschaftlicher Unbill schützen und solchen Leuten die Türe zum Betrieb verschließen, die auf dem besten Wege sind, die Kollegenschaft zu schädigen.

**Frankfurt a. M.** Als vor einigen Wochen die Leitung des „Frankfurter Brauhauses“ gezwungen war, den vollständigen Zusammenbruch des Unternehmens der Öffentlichkeit mitzuteilen und gleichzeitig Vorschläge zu seiner Sanierung machte, wurden Beschuldigungen laut, die den Staatsanwalt veranlaßten, Nachprüfungen vorzunehmen. Es wurde festgestellt, daß der Verdacht der gewerkschaftlichen Untreue und des Bilanzvergehens gegen fünf Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates begründet ist. Aus diesem Grunde ist nunmehr die gerichtliche Voruntersuchung beantragt worden. Ueber die Lage und die Verhältnisse im Betrieb des Brauhauses sind bei dieser Gelegenheit recht interessante Dinge ans Tageslicht gekommen. Um die durch kaufmännische Mißwirtschaft entstandenen Verluste zu decken, wurde im technischen Betrieb gespart. Einen Braumeister gab es nicht und die Pflege der Betriebseinrichtungen war Nebensache. Die neue Verwaltung hat Maßnahmen getroffen, um die festgestellten Uebelstände zu beseitigen. Die alte Verwaltung ist vollständig ausgeschaltet worden. Vom Reichswirtschaftsministerium wurde ein Sanierungszuschuß in Höhe von 150 000 Mark bereitgestellt.

**Lauenburg.** Die Faßfabrikanten halten große Stücke auf „ihre Arbeitswilligen“. In der Ortspresse sind diese „Heiden“ als Retter gegen den Marxismus gefeiert worden. Die NSDAP. hat sich auch sehr stark für die Herren eingesetzt und erklärt, ein Streikbrecher in den Faßfabriken sei kein Streikbrecher, sondern ein nationaler Mann, da er die verdammten Gewerkschaften bekämpfe. Jetzt meldet, wenn auch verschämt, die Ortspresse, daß ein solcher Retter des „ehrbaren Handwerks“ einen Einbruchsdiebstahl im Kurhotel unternommen hat. Von diesem Herrn Arbeitswilligen wird weiter berichtet, daß er schon oft solche Taten vollbracht, also Fachmann auf diesem Gebiete ist. Ob sich die Böttchermeister jetzt schämen, wenn sie bedenken, was für Elemente sie gegen Böttchergesellen und Hilfsarbeiter mobil gemacht haben? Wir bezweifeln es. Was heißt ehrbares Handwerk — Meister und Gesellen! Streikbrecher sind hochgeachtete Leute bei den ehrlichen Meistern und Bürgerleuten.

Ganzes. Den Gemeinden und den Arbeitslosen ist nur geholfen, wenn das Durcheinander im Unterstützungswesen beseitigt und die Arbeitslosenfürsorge für die Ausgesteuerten vereinheitlicht wird.

**Brauereien und Mälzereien sind Saisonbetriebe.** Die im September ergangene Steuergutscheinverordnung ist rückwirkend ab 1. Oktober außer Kraft gesetzt worden. An ihre Stelle tritt eine neue Verordnung, die die Bestimmungen über das Saison- und Kampagnengewerbe erheblich erweitert. Die Zahl der Wirtschaftszweige, die in der Verordnung einzeln genannt werden, ist von 28 auf 33 erhöht worden. Neu aufgenommen wurde die Brauerei, die Mälzerei und die Eisgewinnung. Amtlich wird dazu bemerkt, daß diese Anerkennung als Saisongewerbe nur im Sinne der Steuergutscheinvorschriften gilt. Mit der Anerkennung als Saisongewerbe gilt für die Brauereien und Mälzereien als Vergleichsgrundlage bei einer Neueinstellung von Arbeitskräften nicht mehr die durchschnittliche Beschäftigtenzahl der Monate Juni, Juli und August 1932, sondern zugrundegelegt wird bei einem Vergleich das gleiche Vierteljahr des Vorjahres, wobei gleichzeitig noch der Vorteil gegeben ist, daß die im Vorjahr beschäftigten Arbeiter nur zu 90 Proz. in Anrechnung kommen.

**Kommt das Fettmonopol?** Die Spitzenorganisationen der Landwirtschaft fordern die Schaffung eines Fettmonopols. Es soll eine Erhöhung der Margarine- und Fettpreise bringen. Im Bunde sind auch die Margarineindustrie und die Talgschmelzen. Sie wollen ihre Erzeugnisse an ein Fettmonopol liefern, das dann die Ware verkaufen und die Preise bestimmen kann. Insbesondere soll eine scharfe Preiskontrolle durchgeführt werden. Da die Landwirtschaft mit von der Partie ist, muß hier ausgesprochen werden, daß ihre Forderung mit der deutschen Fettwirtschaft überhaupt nichts zu tun hat. Die Interessen der Landwirtschaft werden allein von einem höheren Butterpreis diktiert. Der Butterzoll wurde so hoch geschraubt, daß fast keine Auslandsbutter nach Deutschland kommt. Die deutsche Milchwirtschaft aber ist allein nicht imstande, den Butterbedarf zu decken. Die Folge war ein beträchtliches Anziehen des Butterpreises. Demzufolge wiederum erfolgte eine starke Abwanderung der Verbraucher zur Margarine und die Butterpreise fielen trotz hoher Zölle auf den tiefsten Stand des letzten Jahrzehntes. Eigentümlicherweise vermochten nicht einmal diese geringen Butterpreise eine Ankurbelung des Butterumsatzes zu erzielen. Deshalb sollten durch die Einführung der Margarinesteuer die „Ersatzfette“ so verteuert werden, damit eine Rückwanderung zur Butter erfolgt.

sche Arbeiterbildungs-Institut und die skandinavischen Bruderorganisationen. In der Eröffnungsrede verwies der Vorsitzende des Verbandes der ungelerten Arbeiter auf die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, durch die die finnische Arbeiterklasse in den letzten Jahren gehen mußte. Er berichtete über die Fortschritte der finnischen Arbeiterbewegung, über das seitdem hereingebrochene Unglück und über herrschenden Terror und Reaktion. Die finnische Gewerkschaftsbewegung ist dennoch neuerstanden. Für die Lebensmittelarbeiter kam besonders vorteilhaft in Frage das enge Zusammenarbeiten mit den skandinavischen Organisationen und der Internationale. Kollege Lagergren, Stockholm, Vertreter des schwedischen Lebensmittelarbeiter-Verbandes und der IUL., erklärte in seiner Ansprache, daß die Finnländer der Unterstützung durch die IUL. versichert sein dürfen. Einstimmig faßte der Kongreß den Beschluß, dem Finnischen Gewerkschaftsbund beizutreten. Hinsichtlich der Arbeitsbedingungen wurde beschlossen, diese und die Löhne durch Kollektivarbeitsverträge zu regeln.

Der neugegründete Finnische Lebensmittelarbeiter-Verband gehört keiner politischen Partei an, und den Abteilungen wird auch untersagt, sich politischen Parteien anzuschließen oder aus Mitgliederbeiträgen politischen Parteien Zuwendungen zu machen. Ebenfalls wurde einstimmig beschlossen, der IUL. und der Arbeitsgemeinschaft der Skandinavischen Lebensmittelarbeiter-Verbände beizutreten. Der neugewählte Vorstand setzt sich aus den verschiedenen Berufsgruppen zusammen. Zum Verbandssekretär wurde Kollege I. A. Viitanen, der auch im früheren Verbandsrat diesen Posten bekleidete, gewählt. Wir begrüßen den neuerstandenen Finnischen Lebensmittelarbeiter-Verband in der Internationalen Union und wünschen ihm die besten Erfolge in seinen zukünftigen Kämpfen mit dem Unternehmertum.

**Jugoslawien (Aktion für das Nachtbackverbot).** Die sozialen Gesetze in Jugoslawien sind durchweg Rahmengesetze. Die Provinzialverwaltungen sind ermächtigt, Verordnungen sozialpolitischer Art zu erlassen. Sie können hinsichtlich der Arbeitszeit Regelungen treffen und haben dadurch auch die Möglichkeit, die Nachtarbeit im Bäckergewerbe einzuschränken. Das Kartell der Lebensmittelverbände organisierte in den Monaten Juli, August und September eine große Versammlungskampagne mit dem Ziel, nicht nur die Bäckerarbeiter, sondern auch die übrige Arbeiterschaft und das Publikum für die Forderungen des Nachtbackverbots mobilzumachen. Die Aktion hatte auch einen guten Erfolg zu verzeichnen. Manche lokalen Behörden sahen sich veranlaßt, den Bäckermeistern hinsichtlich der Arbeitszeit und der hygienischen Verhältnisse in den Betrieben schärfer auf die Finger zu sehen. Auch die Gewerbeinspektion griff schärfer bei den Betriebsrevisionen durch. Dadurch gewannen erst die Behörden einen tiefen Einblick in das Elend der Bäckerarbeiter und sie wurden zu Befürwortern ihrer Forderungen. In den Provinzen Primorska Banowina (Dalmatien) und Drinska Banowina (Bosnien-Herzegowina) wurde durch diese Aktion auch die Nachtarbeit verboten.

Gefordert wurde in allen Versammlungen die Ratifizierung des Genfer Abkommens, Erlaß eines Gesetzes zum Verbot der Nachtarbeit für das ganze Land durch das Ministerium der Sozialen Fürsorge und der Volksgesundheit; Ueberwachung des Nachtbackverbots, der Arbeitszeit und der Arbeitsbedingungen in den Bäckereien durch die zuständigen öffentlichen Behörden; Vorschriften über die hygienischen Schutzmaßnahmen in den Backstuben und Verkaufsläden, Einführung der 40stündigen Arbeitswoche.

Diese Forderungen wurden der Regierung und den Behörden übermittelt. Fortschrittliche Parlamentarier erklärten sich bereit, die Frage im Parlament zur Sprache zu bringen. Von den Bäckermeistern wurde eine Gegenaktion eingeleitet. Sie möchten gerne auf dem Wege des Kuhhandels die Erneuerung der Kollektivverträge von der Einstellung des Nachtbackverbots abhängig machen.

**Milchwirtschaft in Ungarn.** Die gesamte Milchproduktion belief sich im Jahre 1930 auf 16,6 Mill. hl. Verkauft wurden an Milch 8,5 Mill. hl, davon allein in Budapest 2,9 Mill. hl. Für den eigenen Bedarf verarbeiteten Erzeuger 600 000 hl, 90 000 hl zu Käse und 761 000 hl wurden für die Aufzucht junger Tiere verwendet. Für den Selbstverbrauch der Erzeuger verblieb eine Menge von 6,65 Mill. hl. Die Anzahl der Milchsammel- und Entrahmungsstellen betrug 1227, die der Molkereien und Käsereien 756. Insgesamt wurden in diesen Betrieben 4945 Arbeiter und Arbeiterinnen, davon 2155 gelernte Arbeiter beschäftigt.

**Gewerkschaftliche Rundschau**

**Vierzig Jahre Maschinisten- und Heizer-Verband.** Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer kann in diesen Tagen sein vierzigjähriges Bestehen feiern. Am 20. und 21. November 1892 wurde der Verband gegründet, nachdem bereits 1877 ein Berufsverein für Maschinisten und Heizer in Berlin bestand, der bemüht war, mit auswärtigen Brudervereinen in Fühlung zu kommen. Heute, nach vierzig Jahren, kann auch diese Organisation auf eine ruhmreiche Vergangenheit zurückblicken. Wir wollen deshalb nicht versäumen, dem Jubilar an dieser Stelle unsere Glückwünsche auszusprechen und hoffen, daß er die Krisenzeit unerschüttert übersteht zum Vorteil seiner ihm angeschlossenen Verbandsmitglieder.

**Sozial- und Wirtschaftspolitik**

**Die Lage auf dem Arbeitsmarkt.** Nach dem Bericht der Reichsanstalt ist in der zweiten Hälfte des Oktober die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen von 5,15 auf rund 5,11 Millionen gesunken. Dieser Rückgang gleicht die in der ersten Oktoberhälfte eingetretene Zunahme der Arbeitslosenziffer nahezu aus. Im Vorjahr hat die Zahl der Arbeitslosen im Oktober um 269 000 zugenommen. Wenn die angegebenen Zahlen stimmen, hat sich in diesem Jahr im Oktober der Arbeitsmarkt stabil gehalten. Eine Besserung hat sich in den von der Konjunktur abhängigen Berufsgruppen bemerkbar gemacht. Sie haben 66 000 Arbeitslose aufnehmen können, während von den Saisonaußenberufen noch rund 25 000 entlassen wurden. Die Zahl der im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigten jungen Leute ist im Oktober um 40 000 auf 250 000 gestiegen. Ihre Zahl ist in der angegebenen Gesamtzahl der Arbeitslosen enthalten. Die Zahl der Notstandsarbeiter ist am Ende des Monats Oktober auf rund 90 000 gestiegen.

Von den gemeldeten Arbeitslosen erhielten Ende Oktober 582 000 aus der Arbeitslosenversicherung und 1,14 Millionen aus der Krisenfürsorge Unterstützung. In der öffentlichen Fürsorge wurden rund 2,14 Millionen Wohlfahrtserwerbslose unterstützt. Es sind dies etwa 94 000 mehr als Ende September.

**Aenderung in der Krisenfürsorge.** Um die Gemeinden zu entlasten, die unter dem Druck der Kosten für die Unterstützung der Wohlfahrtserwerbslosen schwer zu leiden haben, ist verordnet worden, daß alle Erwerbslosen, die zwischen dem 28. November und 31. März aus der Krisenfürsorge ausgesteuert werden, die Krisenunterstützung weiter erhalten. Diese Verlängerung der Bezugsdauer der Krisenunterstützung ist nichts Halbes und nichts

**Unternehmertum**

**Stollwerck nach der Sanierung.** Das mit dem 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr 1931/32, in dem die Familie Stollwerck vollständig aus dem Vorstand ausgeschieden war, zeigt, daß kräftig gearbeitet wurde, um die Verluste aus der Fehlexpansion auszugleichen. Man beschränkte sich nicht nur darauf, die notwendigen Abschreibungen zu machen, sondern darüber hinaus erfolgte eine vollständige Neuordnung des gesamten Konzerns. Eine der Hauptverlustquellen war neben den allgemeinen Verlusten der Donau-Konzern sowie die Uebernahme der Reichardt-Gruppe. Von den Betrieben in den Donaustaaten wurde der in Kronstadt vorübergehend geschlossen, auch die Budapester Fabrik wurde stillgelegt und von einer Wiedereröffnung wird mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage Ungarns endgültig Abstand genommen. Von den Verlustdeckungen entfiel der weitaus größte Teil mit 3,34 Millionen Mark auf den Donau-Konzern. Das Hauptaugenmerk richtete die Verwaltung auf die Verminderung der Verbindlichkeiten, die sich im Berichtsjahr weiter um 2,6 Millionen ermäßigt haben. Die Rechtsansprüche aus der Amerikafreigabe stehen nur noch mit 1 Mk. zu Buch. Bei der Reichardt-Gruppe erfolgte eine Umorganisation in der Weise, daß die Erzeugnisse des Reichardt-Konzerns durch die Reichardt-Werke G. m. b. H. und die Goldina-Hauswaldt-Gaetke G. m. b. H. vertrieben werden. Beide Gesellschaften sind vollständig im Besitz von Stollwerck. Von der Goldina A.-G. Bremen, deren Betrieb an die Reichardt-Werke G. m. b. H. verpachtet wurde, besitzt Stollwerck die qualifizierte Majorität. Da der Goldina Betriebsgewinne nicht mehr zufließen, wurde der Besitz entsprechend abgeschrieben. Die Fabrik wird jedoch in betriebsfertigem Zustand gehalten.

Diese bedeutenden Aenderungen waren notwendig, um überhaupt das Unternehmen aufrechtzuerhalten. Das ist wohl im vergangenen Geschäftsjahr gelungen. Wie sich aber die allgemeine Krise in der Folgezeit auf dieses Unternehmen auswirken wird, darüber werden wir wohl am Schluß des kommenden Geschäftsjahres klarer sehen.

**Internationales**

**Finnland. (Neugründung des Lebensmittelarbeiter-Verbandes.)** Der vor einigen Jahren von der reaktionären Regierung aufgelöste Lebensmittelarbeiter-Verband wurde auf dem am 11. und 12. September stattgefundenen Kongreß der Lebensmittelarbeiter wieder neugegründet. Es waren 25 Abteilungen durch 25 Delegierte vertreten. Der neuerrichtete Verband zählt bereits 925 Mitglieder in 30 Abteilungen. Vertreten waren außerdem der Finnische Gewerkschaftsbund, das Finni-

Unserm Kollegen Otto Eicke und seiner lieben Gattin zur silbernen Hochzeit nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. [1,80]  
Sektion der Böttcher, Bezirksleitung Köln

Unserm Kollegen Paul Dinter, Brauführer, zu seinem 50. Geburtstag am 21. November 1932 die herzlichsten Glückwünsche und viel Glück für's nächste Jahrzehnt. [2,70]

Unserm Kollegen Hans Mende nebst seiner lieben Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. [1,80]

Die Kolleginnen und Kollegen der Gorkauer Societätsbrauerei, Abt. I, Waldenburg i. Schles. Ortsgruppe Waldenburg i. Schles.

Die Kolleginnen und Kollegen der Malzfabrik Niedersiedlitz  
Unserm lieben Kollegen und Vorsitzenden Michael Müller und seiner lieben Braut zur Vermählung herzliche Glückwünsche. [1,80]  
Die Kolleginnen und Kollegen der Ortsgruppe Kaiserslautern

Unserm Kollegen Alfred Lawitz nebst seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [2,10]

Die Kolleginnen und Kollegen d. Kronen-Brauerei Essen-Borbeck und die Ortsgruppe Essen.

# Frauenrecht

## Wochengeld für Arbeitslose

Nach den heute geltenden gesetzlichen Bestimmungen wird die Arbeitslosenunterstützung (Alu) nur noch auf die Dauer von 36 Tagen gewährt. Die weitere Gewährung ist davon abhängig, ob der Arbeitslose hilfsbedürftig ist. Er erhält nur Unterstützung, wenn und soweit er hilfsbedürftig ist.

Welche Bedeutung hat nun diese neue Rechtslage auf die Gewährung von Wochenhilfe? Unbestritten ist die Frage, daß das Wochengeld stets in der Höhe des Krankengeldes zu gewähren ist. Dabei ist zu beachten, daß nach den bisher ergangenen Entscheidungen sich das Krankengeld und damit auch das Wochengeld in seiner Höhe stets der Alu anpaßt. Ändert sich die Alu, so ändert sich dadurch auch Krankengeld oder Wochengeld. Mindert sich die Alu, so sinkt auch das Wochengeld. Zu beachten ist jedoch, daß für die Zeit vor der Niederkunft das Wochengeld für arbeitslose Schwangere das Ein- und einhalbfache der Alu beträgt. Während es bei der zu gewährenden Alu und damit auch bei dem gegebenenfalls zu leistenden Krankengeld eine Grenze nach unten nicht gibt, liegen die Dinge bei dem Wochengeld anders. Es greift hier der § 195a der Reichsversicherungsordnung Platz. Nach diesem beträgt das Wochengeld mindestens 50 Pf. täglich. Es gilt dies auch dann, wenn die Unterstützung unter diesen Betrag sinkt. Die Bestimmungen der RVO. haben hier das Vorrecht. Bis jetzt handelt es sich um allgemeine Bestimmungen.

Wie ist die Rechtslage jedoch dann, wenn die Gewährung der Alu bei einer Arbeitslosen nach Ablauf von 36 Tagen eingestellt wird, da keine Hilfsbedürftigkeit vorliegt? Erwähnt sei, daß mit dem gleichen Tage auch die Zugehörigkeit zur Kasse erlischt, da diese ja mit der Unterstützungsgewährung beginnt und endet. Bei der Beantwortung dieser Frage kommt es ganz darauf an, wann die Entbindung stattgefunden hat, da diese nach allen bisher ergangenen Entscheidungen als Eintritt des Versicherungsfalles gilt. Tritt die Entbindung innerhalb der 36 Tage des Unterstützungsbezuges ein, dann ist die Rechtslage einfach. Die Arbeitslose hat Anspruch auf Wochenhilfe auf die volle Dauer, auch wenn sie etwa nach Ablauf der 36 Tage wegen Verneinung der Hilfsbedürftigkeit aus der Kasse ausscheiden sollte. Das Wochengeld wird in der bisherigen Höhe weiter gewährt. Anders ist die Rechtslage dann, wenn die schwangere Arbeitslose nach Ablauf der 36 Tage infolge teilweiser Hilfsbedürftigkeit nur einen Teilbetrag der Unterstützung weiter erhält. In einem solchen Falle ermäßigt sich auch das weitere Wochengeld auf diesen Betrag.

Diese Rechtslage führt zu einem merkwürdigen Ergebnis. Diejenige schwangere Arbeitslose, die infolge Verneinung der Hilfsbedürftigkeit keine Alu mehr erhält, bekommt nach Ablauf der 36 Tage ein höheres Wochengeld als die Arbeitslose, deren Hilfsbedürftigkeit anerkannt ist. Für die Versicherten ungünstig ist die Rechtslage dann, wenn die Entbindung nach Ablauf der 36 Tage eintritt und die Arbeitslose wegen Einstellung der Alu aus der Kasse ausscheidet. Der Versicherungsfall (Tag der Niederkunft) ist in einem solchen Fall nach dem Ausscheiden aus der

Kasse eingetreten. Dies führt dazu, daß ein Anspruch auf Leistungen nicht besteht. Das für die Zeit vor der Entbindung gewährte Wochengeld ist demnach zu Unrecht gezahlt. Die Krankenkasse hat das Recht, diese vorausgezahlten Leistungen zurückzuverlangen.

## Frauenarbeit in Griechenland

Nach einer kürzlich erfolgten amtlichen Untersuchung sind in Griechenland 633 435 erwerbstätige Frauen vorhanden. 20 Proz. der weiblichen Bevölkerung oder 10,2 Proz. der Gesamtbevölkerung sind erwerbstätig. Seit 1920 ist eine starke Zunahme der erwerbstätigen Frauen zu verzeichnen, damals wurden nur 219 182 festgestellt. Nach Wirtschaftszweigen verteilen sich die erwerbstätigen Frauen im Jahre 1928 mit 434 623 in der Landwirtschaft gegen 98 962 im Jahre 1920 und 99 712 in der Industrie gegen 58 652; 33 377 sind in häuslichen Diensten, 33 031 in der Viehzucht und 18 230 in freien Berufen tätig. Auch in Griechenland ist nach dieser Feststellung in

## Angepackt!

Die Straßen donnern, Schritte dröhnen,  
Maschinen rasen wilden Takt.

Es rauchen Essen, Menschen stöhnen  
und Schreie gellen: Angepackt!

Pack an! schreit dir die Zeit entgegen,  
Anpacken heißt das Wort, das diese Welt erneut,  
Wer anpackt, wird die Welt bewegen,  
wer sie bewegt, schafft neue Zeit.

Pack an: das heißt für unsre Ziele streben,  
für die wir einstehn Hand in Hand.

Pack an: das heißt für eine helle Zukunft leben,  
Pack an — das heißt: Stärk' den Verband!

Erich Grisar.

wenigen Jahren ein rascher Aufstieg der erwerbstätigen Frauen im Wirtschaftsleben zu verzeichnen. Leider ist dort die gewerkschaftliche Organisation erst im Anfangsstadium, so daß der Ausbeutung der Frauen keine Schranken gesetzt sind.

## Frauenüberschuß in den Großstädten

In den Großstädten gibt es mehr Frauen als Männer. Wie stark das Uebergewicht der Frauen ist, dafür einige Beispiele: Auf 1000 Männer entfallen Frauen in Berlin 1177, in London 1149, in Paris 1195, in Budapest 1192, in Wien 1169 und in Warschau 1185. Die genannten europäischen Hauptstädte haben also gleiche Bevölkerungsstruktur. Der Frauenüberschuß ist besonders in den

Ländern stark, die am Weltkrieg beteiligt waren. Am größten ist der Ueberschuß an Frauen in dem Lebensalter von 20 bis 50 Jahren. Die mitgeteilten Ziffern rücken das Problem der Frauenarbeit in einen besonderen Gesichtskreis.

## Wo befinden sich die meisten weiblichen Arbeitslosen

Von den weiblichen Arbeitslosen entfällt mehr als die Hälfte auf die Landesarbeitsamtsbezirke Sachsen, Rheinland, Schlesien und Berlin-Brandenburg. Es sind dies hauptsächlich Gebiete, wo die Textil- und Bekleidungsindustrie, die elektrotechnische und feinmechanische Industrie und das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe Hauptsammelpunkte der weiblichen Erwerbstätigkeit bilden. Ein Studium der Probleme des Arbeitsmarktes zeigt jedoch, daß die erwerbstätige Frau bedeutend krisenfester ist als der Mann. Im Februar 1932 waren bei den männlichen Arbeitern in den oben genannten Bezirken etwa 40 Proz. und bei den weiblichen Arbeitern 20 Proz. erwerbslos.

## Die Frau soll Sklavin werden!

Die Einführung der Arbeitsdienstpflicht ist eine Entdeckung der Nazis und in ihrem Parteiprogramm fundiert. Der Weg soll über den Freiwilligen Arbeitsdienst zur Arbeitsdienstpflicht führen. Zu Sklaven des 20. Jahrhunderts sollen nicht etwa nur die Männer, sondern auch die Frauen auserkoren werden. So beschäftigte sich mit dieser Frage die nationalsozialistische „Preußische Zeitung“ vom 19. August 1932 und kam zu folgendem Resultat:

„Es müßten in jeder großen und mittleren Stadt bis hinunter zu 5000 Einwohnern eine Frauenschule und eine landwirtschaftliche Frauenschule erbaut werden. Letztere nach dem Vorbild der jetzt schon in der Provinz bestehenden Reiffensteiner Frauenschulen (Maidenschulen). Der Besuch dieser Schulen ist Pflicht für jedes junge Mädchen, das das 18. Lebensjahr erreicht hat, ganz gleich, welchem Stande ihre Eltern angehören oder ob sie die Volksschule, Mittelschule oder das Lyzeum besucht haben. Der Frauenarbeitsdienst erstreckt sich auf eine zweijährige Dienstzeit, von der ein Jahr in der städtischen Fachschule absolviert wird... Zum Beispiel müssen berücksichtigt werden: die Rassenkunde, die Erbgesundheitslehre, die allgemeine Volksbildung und Leibesübungen.“

So macht also diese faschistische Zeitung Stimmung für die Arbeitsdienstpflicht der Frauen. Sie bemerkt dazu, daß während dieser Zeit an Stelle des Lohnes ein Taschengeld von 20 bis 30 Pfennig gezahlt werden solle, und die Unterkunftsstätten der arbeitsdienstpflichtigen Mädchen mit „fridericianischer Einfachheit“ eingerichtet werden. Das sieht den Nazis ähnlich! Es sollen Zustände geschaffen werden, die an die Zeit der Leibeigenschaft erinnern und wo Sklavinnenarbeit mit Trinkgeldern abgelöst wird! Frauen, steigt euch nicht die Schamröte ob dieser Zumutung ins Gesicht? Laßt es nicht dabei bewenden! Sorgt mit euren Männern und Kollegen gemeinsam dafür, daß die Apostel des Dritten Reiches nie Gelegenheit bekommen, ihre Absichten in die Tat umzusetzen! Helft alle mit, dieses Geschmeiß, das den Arbeiterverrat an der Stirne stehen hat, vernichtend zu schlagen und stärkt eure Gewerkschaft.

## Hochzeit in Unterzeitelbach

Von Heinz Eisgruber.

Unterzeitelbach liegt in Deutschland. In jenem Landstrich zwischen München und Ingolstadt, in den nur selten Großstädter vordringen. Seit einigen Jahren führt in den abgelegensten Teil ein Sackbähnchen. Aber es hat die Bauernwildnis nicht erschlossen. Es bringt Kohlen, Kunstdünger, Bier und ein klerikales Lokalblättchen und holt Milch, Kälber, Getreide und Langholz. Der Personenverkehr ist minimal; er beschränkt sich auf Hochwürdige, Pfarrer, auf den Viehhändler und die Bötin aus der Stadt, die Milch, Eier und Butter handelt.

Seit ein paar Tagen ist Unruhe in dem kleinen, zwischen saftige Hügel eingebetteten Dörfchen. Einerseits, weil das elektrische Licht eingerichtet wird. Die Stadtrfräcke vom Elektrizitätswerk haben es endlich bei den bäuerischen Starrköpfen durchgesetzt, nachdem diese sich jahrelang mit dem Hinweis verteidigt hatten, in Zeitelbach gehe man bei lichtigem Tag ins Bett und brauche infolgedessen kein so teures Licht, die Oelfunzel genüge für den Notfall vollkommen. Erst als die Luftgeselchten davon erfuhren, daß elektrischer Strom dazu reige, Kurzschluß und Brand zu verursachen, schwenkten sie um. Denn hierzulande sind gerichtlich zulässige Brandursachen stark gefragt.

Der zweite Grund für die Unruhe in Zeitelbach ist die Hochzeit des Daxlbauern. Der Daxlbauer ist eine wichtige Persönlichkeit, nämlich der größte Bauer im

Pfarrbezirk: 200 Tagwerk Wiesen und Aecker, 250 Tagwerk Wald, 24 Stück Rindvieh, 8 Rösser und ein Stockwerk extra über dem Erdgeschoß. So ein Hof ist weit und breit nicht mehr zu finden.

Vor einem halben Jahr hat der Mooser von Dachau dem Daxlbauer eine Hochzeiterin zugebracht, die Ulmertochter von Dasing. Die Ulmertochter kriegt einen ordentlichen Batzen Geld mit. Sie ermangelt zwar gewisser ästhetischer Qualitäten, die man auch hierzulande gerne bei einer Braut wahrnimmt. Aber wer in Zeitelbach und Umgebung einen großen Hof besitzt, hat die traditionelle Verpflichtung, Geld einzuheiraten. Und so heiratet der Daxlbauer eben das Geld der Ulmertochter. Das Gegenteil hätten die Zeitelbacher verrückt oder wie man hier sagt: hirn-dappig gescholten.

Die Vorgeschichte der großen Zeitelbacher Hochzeit, das „Sichfinden“ des jungen Daxlbauern und der Ulmertochter sei nur kurz gestreift: eines Tages erschien beim alten Daxlbauern der Mooser-Simmerl von Dachau, einer, der heiratsreife Bauerntöchter und Söhne ausfindig macht und einander „zubringt“; er erklärte dem alten Daxlbauern, daß er für seinen Sohn eine Hochzeiterin habe, eine, die akkurat für den Daxlhof passe, dieweil sie „Arme habewie Männer-schenkel“ und einen ordentlichen Batzen Geld, der sofort nach der Hochzeit ausbezahlt würde. Der Daxlbauer meinte, wenn das stimme, dann sei die Sache ausgemacht. Der Mooser meinte, es stimme und er nehme die Hostie darauf. Da zog der Daxlbauer ein hartes Fünfmärkstück aus dem Hosensack und warf es dem Mooser als Handgeld auf den Tisch.

Der Mooser steckte den Neutaler zu dem anderen, den er vom Ulmenbauer erhalten hatte, und ging, dem Ulmenbauer zu vermeiden, daß der Handel perfekt sei. 14 Tage später traf man sich in Dachau beim Advokaten und „machte die Sache advokatisch“. Bei dieser Gelegenheit haben sich die zwei Brautleute zum ersten Male gesehen. Sie haben nicht viel Brimborium gemacht, haben sich nur ein bisschen mißtrauisch und schief angeguckt, die schwieligen Hände gereicht, wobei der Daxlbauer mit Befriedigung wahrnahm, daß der Mooser nicht aufgeschnitten hatte und die Hochzeiterin wirklich Knochen besaß wie ein Gaul. Es war keine Spezialität des Daxlbauern, daß er eine starkknochige Bäuerin wollte; hierzulande sind Bauernfrauen Arbeitstiere; sie sollen arbeiten können wie ein Knecht und sie sollen wiederum starkknochige Kinder, d. h. Knechte und Mägde, auf die Welt bringen. Und das Aufdiweltbringen soll sie nicht lange von der Arbeit abhalten, höchstens 5 bis 6 Tage alles in allem.

Acht Tage vor der Hochzeit sind die beiden dann zum Pfarrer gegangen. Er, der das geistige Zentrum der Zeitelbacher ist, belehrte sie dann über die intimeren Pflichten und Rechte in ihrem Eheleben, vor allem darüber, daß Kinderkriegen ein Segen Gottes sei. Der Hochzeiter, der schon eine scharfe Kammerfenster-Praxis hinter sich hat, grinst verstohlen und verlegen; die Hochzeiterin, deren Kammerfenster auch schon einiges Einschlägige erlebt hat, bekommt einen puterrotten Kopf und schneuzt sich verlegen in die Schürze.

(Fortsetzung folgt.)